

# STADTENTWICKLUNGSPLAN 1975

## KAPITEL I BEVÖLKERUNG

	Seite
1. Vorbemerkung	3
2. Ausgangslage	3
2.1 Entwicklungstendenzen der Gesamtbevölkerung	4
2.2 Tendenzen der kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung	8
2.3 Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung	11
3. Folgen der gegenwärtigen Bevölkerungsentwicklung	13
3.1 Steigender Mangel an Arbeitskräften	13
3.2 Wachsende Entfernungen zwischen Wohnstandorten und Arbeitsplätzen	14
3.3 Herausbildung von Gebieten mit einseitiger Bevölkerungsstruktur	14
3.4 Sozialpolitisch unerwünschte Folgen der Bevölkerungsentwicklung	17
3.5 Investitionspolitische Folgen der Bevölkerungsentwicklung	19
4. Ziele zur Bevölkerungsentwicklung	20
5. Maßnahmen zur Steuerung der Bevölkerungsentwicklung	21
5.1 Verbesserung der Wohnverhältnisse	21
5.2 Gezielte Infrastrukturplanung	22
5.3 Steuerung des Ausländerzuzugs	22
6. Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung	22
6.1 Prognosen unter Status-quo-Bedingungen	24
6.2 Prognosen einer gezielten Bevölkerungsentwicklung	27
6.3 Randbedingungen der Zielprognose	27
6.4 Auswirkungen der Zielprognose	29



## 1. Vorbemerkung

Der Stadtentwicklungsplan wird zu einem Zeitpunkt vorgelegt, der einen tiefgreifenden Umbruch in der Entwicklung der Stadt markiert. Die Periode stürmischen Wachstums, die 1972 noch einmal einen Höhepunkt erreicht hatte, wurde von einer Phase langsamer, z.T. stagnierender Entwicklung abgelöst, die wieder Möglichkeiten für eine zielgerichtete Entwicklungssteuerung eröffnet, zugleich aber die Folgen langjähriger, unkontrollierter Wachstumsprozesse deutlicher als bisher erkennen läßt.

Der Kampf gegen die Abwanderung wird zu einer zentralen Aufgabe der Entwicklungsplanung. Das Bundesraumordnungsprogramm rechnet für das Bundesgebiet mit einem Bevölkerungsverlust, der bis 1985 allein durch den Geburtenrückgang bereits 1,7 Millionen betragen, durch Verluste aus der Außenwanderung aber auf 3 Millionen anwachsen kann.

Es geht außerdem von einer Abnahme der Nord-Süd-Wanderung aus. Der Entwurf zum Landesentwicklungsprogramm fordert darüber hinaus eine starke Verringerung des Bevölkerungswachstums in der Region 14 und die Verteilung aller Wanderungsgewinne aus der Außenwanderung ausschließlich auf Gemeinden des Umlandes<sup>1 2)</sup>. Der Landeshauptstadt bleibt unter diesen Voraussetzungen nur noch die Möglichkeit, mit allen Mitteln der Abwanderung ihrer Bürger ins Umland entgegenzuwirken, wenn sie einen Verlust von mehr als 200.000 Einwohnern bis 1985 vermeiden will, der sich — analog zu den Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene — durch Geburtenrückgang, steigende Wegzüge und sinkende Zuzüge in München ergeben würde.

Nach langjährigen Wanderungsgewinnen und ständig steigenden Einwohnerzahlen führten tiefgreifende Veränderungen des Wohnungsmarktes, umfassende Störungen des Wohnumfeldes und Mangel der Infrastrukturausstattung zur Abwanderung junger Familien und einkommensstarker Haushalte an den Stadtrand und ins Umland und zur Konzentration von Ausländern und einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen in der Innenstadt. Am Stadtrand und in Gebieten mit unausgeschöpftem Baurecht entstanden neue Schwerpunkte der Siedlungstätigkeit und des Bevölkerungswachstums, die den städtischen Investitionshaushalt bei sinkenden Einnahmen weiter belasten.

Diese Entwicklungstendenzen, auf die nachfolgend näher eingegangen wird, sind ein Indikator dafür, daß die Stadt als Lebensraum für viele Bürger unattraktiv geworden ist. Die Folgen dieser Entwicklung stellen uns die amerikanischen Großstädte als abschreckendes Beispiel vor Augen.

Der Verfallsprozeß des städtischen Lebensraumes ist auch in den Metropolen des europäischen Auslands und in einigen deutschen Großstädten auf einem Punkt angelangt, an dem er kaum noch angehalten werden kann. Der Stadtentwicklungsplan verfolgt deshalb das Ziel, die Vielfalt städtischen Lebens, die München immer noch vor anderen Großstädten auszeichnet, zu erhalten und weiter auszubauen.

Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn alle zur Verfügung stehenden Mittel der Bauleitplanung, der Planung der Versorgungseinrichtungen und der Finanz- und Investitionspolitik auf dieses Ziel ausgerichtet und konsequent eingesetzt werden.

## 2. Ausgangslage

Die Einwohnerzahl nahm bis 1972 von Jahr zu Jahr zu. 1973 ging die Wohnbevölkerung zum ersten Mal zurück (Tab. I-1). Dieser Tendenzumschwung wird von tiefgreifenden demographischen und sozialen Veränderungen begleitet, die sich in Teilgebieten der Stadt besonders stark auswirken.

---

1) Mitteilung der Regierung von Oberbayern vom 1.8.1974 (Modell für die vorläufige Verteilung der Einwohnerrichtwerte

2) in der Region München)

Tabelle I – 1

## Einwohnerzahl und Wanderungsbewegung in München 1961 — 1974

Zeitraum	Einwohnerzahl	Zuzüge	Wegzüge	Wanderungssaldo
1961	1.104.310	96.496	61.143	45.353
1962	1.139.145	98.928	61.982	36.946
1963	1.158.301	95.227	73.433	21.794
1964	1.178.963	103.323	79.934	23.389
1965	1.192.037	105.093	87.756	17.337
1966	1.202.350	105.688	90.037	15.651
1967	1.203.893	89.693	85.421	4.272
1968	1.230.561	105.805	73.949	31.856
1969	1.274.390	121.146	70.631	50.515
1970	1.311.978	118.309	73.360	44.949
1971	1.338.432	115.553	82.554	32.999
1972	1.338.924	105.729	102.664	3.065
1973	1.336.576	103.055	102.475	580
1974	1.323.434	81.852	92.113	-10.261

Quelle: Amt für Statistik und Datenanalyse

## 2.1 Entwicklungstendenzen der Gesamtbevölkerung

Das Bevölkerungswachstum Münchens wurde von 1961 bis 1969 überwiegend vom Wanderungsgewinn getragen (Tab. I-1, Diagr. I-1). Der seit 1969 negative Geburtensaldo wurde durch die Wanderungsgewinne aufgefangen, so daß bis 1972 trotz sinkender Geburtenrate und leichtem Ansteigen der Sterberate eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen war<sup>1)</sup>.

Nach zwei Höchstständen in den Jahren 1961 und 1969 war der Wanderungssaldo 1973 erstmals seit Kriegsende negativ.

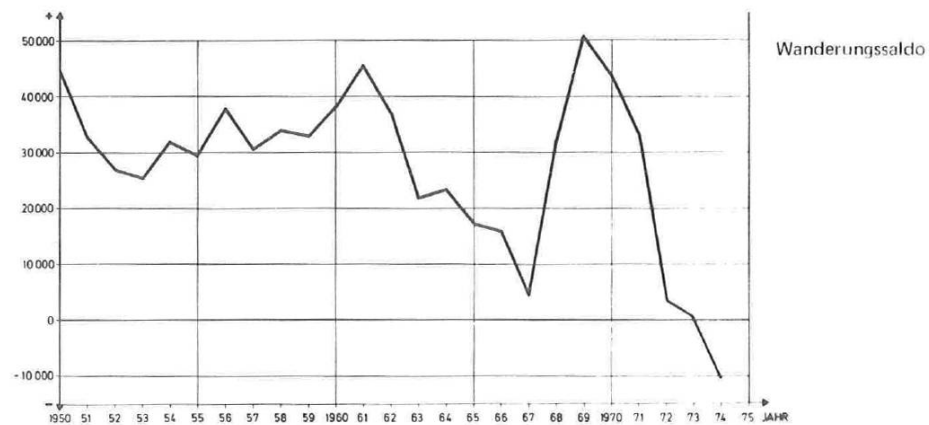
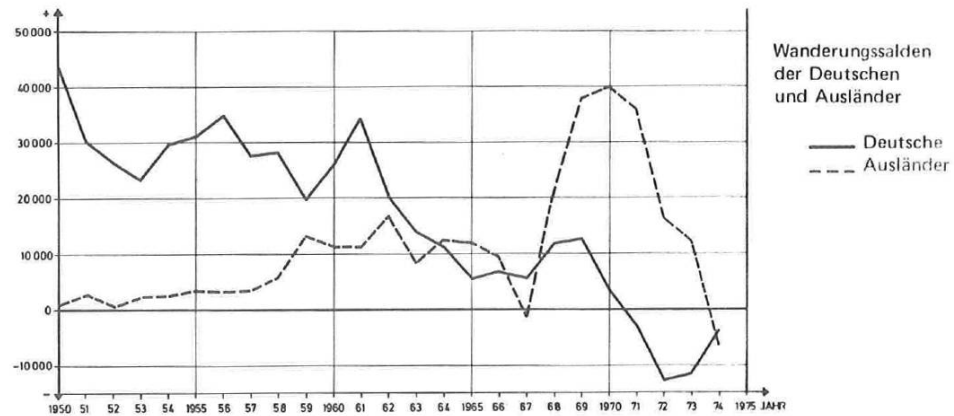
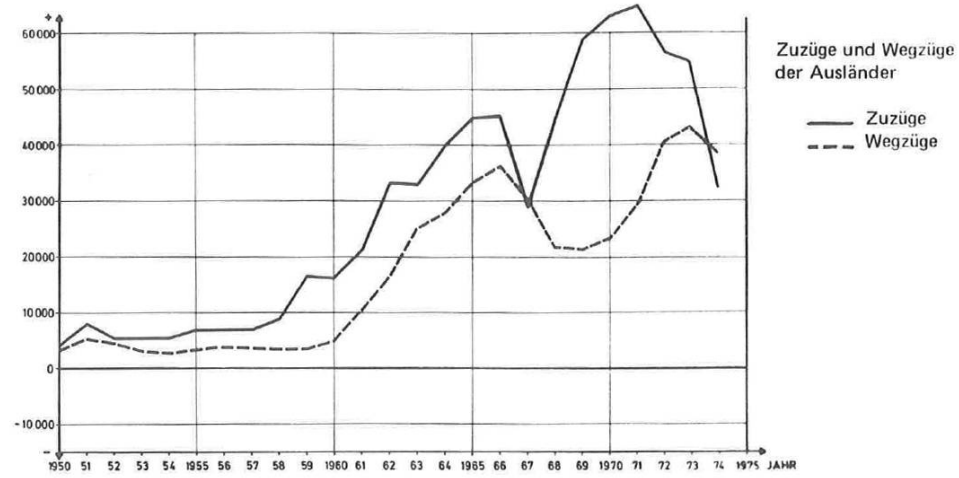
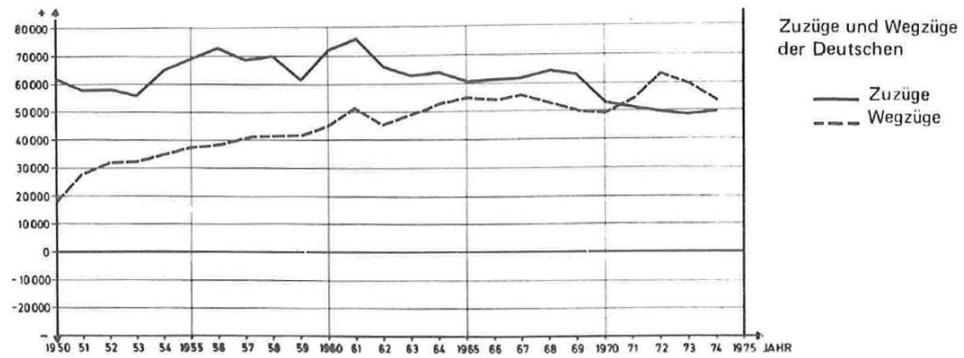
Die beiden Perioden rückläufigen Bevölkerungswachstums (1967 und 1973) sind auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen: Während 1967 auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Rezession eine leichte Verringerung der Wegzüge und eine abrupte Abnahme der Zuzüge auftrat, folgen die gegenwärtige Abnahme der Zuzüge und die Zunahme der Wegzüge einem Trend, der bereits 1969 bzw. 1970 einsetzte.

Die Entwicklungskurven des Bevölkerungswachstums verlaufen bei Deutschen und Ausländern unterschiedlich (Tab. I-2). Die Zuzüge und Wegzüge des deutschen Bevölkerungsanteils zeigten von 1961 bis 1969 auf einem hohen Niveau keine größeren Schwankungen, entwickelten sich aber allmählich, seit 1969 beschleunigt, gegenläufig, bis sich 1970 die Schere erstmals schloß. Der negative Wanderungssaldo des deutschen Bevölkerungsanteils, der sich in den letzten drei Jahren ständig vergrößert hat, entspricht damit einem langjährigen Trend.

1) Eine ausführliche Analyse des zeitlichen Verlaufs der Bevölkerungsentwicklung und ihrer Komponenten (Nationalitäten, Altersgruppen, Haushaltsgröße, Familientyp, berufliche Qualifikation, Herkunfts- und Zielgebiete) enthält Kap. I des Materialberichtes des Stadtentwicklungsreferates zur Bevölkerungsentwicklung (in Vorbereitung).

Diagr. I - 1

**Die Wanderungsbewegung 1950 - 1974 in München**



Die Entwicklung des ausländischen Bevölkerungsanteils folgte — im Gegensatz zu der bei Deutschen — eng der konjunkturellen Entwicklung. Nach einer Phase gleichmäßiger Steigerungsraten von 1960 bis 1966 erfolgte in der Rezessionsphase 1966/67 ein starker Rückgang der Zuzüge, verbunden mit einer Verringerung der Mobilität der bereits ansässigen Ausländer. Nach der Rezession nahmen die Zuzüge wieder sprunghaft zu, so daß der Wanderungsgewinn ein Maximum erreichte. In den letzten zwei Jahren ging die Zunahme der Ausländer wieder zurück. Einem Wanderungsverlust bei den Deutschen stand 1972 aber immer noch ein Wanderungsgewinn bei den Ausländern gegenüber.

Die Bevölkerungsentwicklung in München folgt damit 1973 erstmals dem Trend der anderen Großstädte in der Bundesrepublik Deutschland, deren Einwohnerzahlen seit Jahren rückläufig sind<sup>1</sup>.

Tabelle I - 2

### Wanderungsbewegung der deutschen und ausländischen Bevölkerung in München 1961 – 1974

Zeitraum	Deutsche			Ausländer		
	Zuzüge	Wegzüge	Wanderungs-saldo	Zuzüge	Wegzüge	Wanderungs-saldo
1961	75.403	51.064	34.339	21.093	10.079	11.014
1962	65.903	45.712	20.191	33.025	16.270	16.755
1963	62.432	48.675	13.757	32.795	24.758	8.037
1964	63.529	52.332	11.197	39.794	27.602	12.192
1965	60.092	54.381	5.711	45.001	33.375	11.626
1966	60.457	53.945	6.512	45.231	36.092	9.139
1967	61.127	55.234	5.893	28.566	30.187	- 1.621
1968	63.927	52.163	11.764	41.878	21.786	20.092
1969	62.243	49.484	12.759	58.903	21.147	37.756
1970	52.781	48.816	3.965	63.224	23.300	39.924
1971	50.591	53.368	- 2.777	64.962	29.186	35.776
1972	49.387	62.360	-12.973	56.342	40.304	16.038
1973	48.059	59.630	-11.571	54.996	42.845	12.151
1974	49.603	53.472	-3862	32.249	38.641	-6392

Quelle: Amt für Statistik und Datenanalyse

An den Zuzügen, Umzügen und Wegzügen sind die Nationalitäten und sozialen Gruppen in unterschiedlichem Maße beteiligt. Die Mobilitätsströme haben damit selektive Wirkung und führen zu einer allmählichen Umschichtung der Gesamtbevölkerung:

40 %) aller Zuzüge kamen 1973 aus dem Ausland; weitere 16 % waren Ausländer, die aus der Bundesrepublik Deutschland zuzogen.

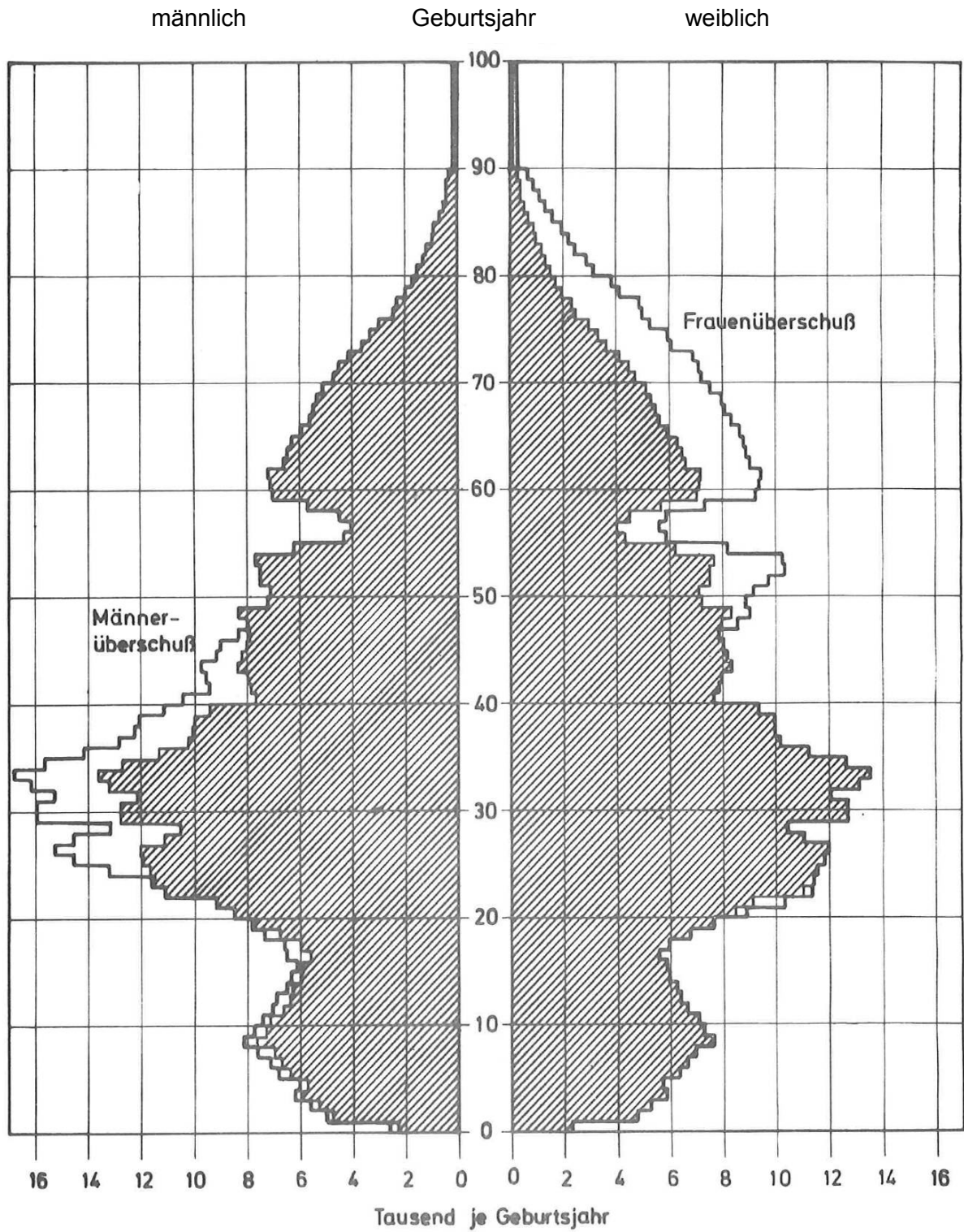
Jugoslawen (25 %), Türken (16 %), Italiener (14 %) und Österreicher (11 %) stellten 1974 die meisten Zuzüge.

1) In 8 der 10 größten Städte der Bundesrepublik Deutschland ging die Einwohnerzahl bereits zwischen 1961 und 1970 zurück. Nur Bremen und Köln hatten in diesem Zeitraum noch eine leichte Bevölkerungszunahme zu verzeichnen, die in Köln auf Eingemeindungen zurückzuführen ist.

2) Quelle der Daten: eigene Befragungen, Erhebungen, Auswertungen des Meldewesens und Angaben des Amtes für Statistik und Datenanalyse.

Diagr. 1 — 2

**Die Bevölkerung nach Geburtsjahr und Geschlecht 1973**



Gut ein Drittel aller Zuzüge kommt aus Bayern, etwa ein Fünftel aus den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

An den Zuzügen aus Verdichtungsgebieten der Bundesrepublik Deutschland sind in erster Linie alleinstehende Erwerbspersonen und Ausländer (30 %) beteiligt, an den Zuzügen aus bayerischen Entleerungsgebieten dagegen besonders viele Familien, Jugendliche und Studenten ("Bildungswanderer").

Bei den Zuzügen überwiegen die Ausländer, die Alleinstehenden und die unteren Einkommensschichten, bei den Wegzügen sind die Deutschen, die Verheirateten, die Familien mit Kindern und die höheren Einkommensschichten relativ stark beteiligt.

Der Anteil der Wegzüge ins Umland der Landeshauptstadt an allen Wegzügen, der 1965 noch bei 15 % lag, betrug in den vergangenen 5 Jahren 30 — 40 %. Ins Umland ziehen 40 — 50 % aller wegziehenden Deutschen (vgl. Tab. I - 3).

Angehörige der Mittel- und Oberschicht und wachsende Haushalte mit Kindern sind an den Wegzügen ins Umland am stärksten vertreten<sup>1</sup>. Ihr Anteil an den Wegzügen ist bedeutend höher als ihr Anteil an der Wohnbevölkerung.

Der negative Wanderungssaldo ist bei der für das Steueraufkommen der Landeshauptstadt bedeutsamen Gruppe der männlichen Deutschen in den Altersjahren mit steigendem Einkommen besonders stark ausgeprägt.

Die Erwerbsquote der wegziehenden Deutschen (68 %) ist höher als die Erwerbsbeteiligung der zuziehenden (63 %).

Diese Entwicklungstendenz ist mit demographischen und sozialen Umschichtungs- und Aushöhlungsprozessen verbunden, die eine beträchtliche soziale und entwicklungspolitische Problematik beinhalten:

junge Familien und einkommensstarke Bevölkerungsgruppen verlassen die Stadt und ziehen ins Umland; sie belasten z.T. weiterhin den städtischen Haushalt, da sie städtische Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen benützen, während das Steueraufkommen sinkt;

eine sozial und wirtschaftlich schwächere und überalterte Restbevölkerung bleibt zurück; die soziale Vielfalt der Innenstadtrandgebiete schwindet und Viertel mit einseitiger Sozial- und Bevölkerungsstruktur bilden sich heraus;

Bevölkerungsgruppen mit anderen Bedürfnissen und Lebensformen und geringer Bereitschaft zur Identifikation mit Viertel und Wohnumfeld ziehen zu: die Innenstadt wird zur Durchgangsstation, soziale Konflikte brechen auf.

## **2.2 Tendenzen der kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung**

Die großräumigen Wanderungsvorgänge wirken sich in Teilgebieten der Stadt unterschiedlich aus. Gebieten mit starker Zu- oder Abnahme der Bevölkerungszahl und schneller Umschichtung der Bevölkerungsstruktur (Innenstadtrand, Neubaugebiete) stehen Gebiete gegenüber, in denen sich die Bevölkerung nur langsam verändert (Zwischenbezirke) (Abb. I -1).

---

1) Diese Ergebnisse brachte eine umfangreiche Sonderauswertung des Meldewesens durch das Stadtentwicklungsreferat. Sie sind im Detail im Materialbericht zur Bevölkerungsentwicklung, Kap. I, dargestellt (in Vorbereitung).



Tabelle I — 3

**Wegzüge aus München in das Umland**

Jahr	Wegzüge		Wegzüge ins Umland insgesamt	in % aller Wegzüge	Wegzüge ins Umland Deutsche	in % der deutschen Wegzüge	Wegzüge ins Umland Ausländer	in % der Wegzüge i.Umland
	insgesamt	Deutsche						
1965	95 372	54 381	14 041	15	12 880	23	1 170	8
1966	97 479	53 945	22 306	23	18 938	35	3 364	15
1967	92 674	55 234	25 496	28	22 755	41	2 741	11
1968	82 325	52 163	24 280	30	21 498	41	2 782	11
1969	83 491	49 484	26 494	32	22 637	45	3 857	15
1970	86 151	48 816	28 509	33	23 580	48	4 929	17
1971	87 860	53 368	32 984	38	26 325	49	6 659	20
1972	102 289	62 360	37 024	36	30 246	49	6 778	18
1973	104 401	59 630	32 741	31	26 494	44	6 247	19
1974	92 113	53 472	27 178	30	22 341	42	4 837	18

Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt

Der innenstadtnahe Bereich (die Bezirke 1 bis 16, 20, 23, 26)<sup>1)</sup> verlor von 1961 bis 1974 insgesamt 47.552 Personen. Diagr. I - 3 zeigt, daß einige Bezirke (7, 8, 11, 12, 13, 15, 16) in jedem Jahr Einwohner verloren; in anderen Bezirken trat eine vorübergehend starke Zunahme auf (9, 21). In allen Bezirken kündigte sich 1972 eine Abwärtsbewegung an.

Im Rahmen des beschleunigten Nutzungswandels, der insbesondere in den Innenstadtrandgebieten abläuft, überlagern sich zwei demographische Tendenzen:

Der Verlust an Wohnsubstanz und die Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung führen seit Anfang der 60er Jahre zu einem stetigen Rückgang des deutschen Bevölkerungsanteils im Randbereich der Innenstadt.

Dieser Prozeß wurde nach 1967 von einer zweiten Tendenz überlagert: der Bevölkerungszunahme durch Ausländer und andere Bevölkerungsgruppen mit hoher Umzugshäufigkeit<sup>2)</sup>, teilweise unter Zunahme der Belegungsdichten der Wohnungen.

1)

- |                              |                                    |                      |
|------------------------------|------------------------------------|----------------------|
| 1 Altstadt                   | 9 Wiesenviertel                    | 14 Haidhausen        |
| 5 Maxvorstadt — Universität  | 10 Isarvorstadt-Schlachthofviertel | 16 Au                |
| 6 Maxvorstadt — Königsplatz  | 11 Isarvorstadt-Glockenbachviertel | 20 Schwanthaler Höhe |
| 7 Maxvorstadt — Josephsplatz | 12 Isarvorstadt-Deutsches Museum   | 23 Neuhausen-        |
| 8 Marsfeld                   | 13 Lehel                           | Nymphenburg          |
|                              |                                    | 26 Schwabing-West    |

2) im folgenden als "mobile Gruppen" bezeichnet.



Am Wegzug aus dem Innenstadtrandgebiet sind die Gruppen der wachsenden und der einkommensstarken Haushalte ebenfalls am stärksten vertreten<sup>1</sup>. Die einkommensschwachen Gruppen zeigen dagegen eine deutliche Beharrungstendenz. Sie sind auf den preisgünstigen Teilwohnungsmarkt der Altbauwohnungen angewiesen, auf den sich jedoch zugleich das Wohnungsinteresse der zuziehenden Ausländerbevölkerung konzentriert (Abb. I-9, 10). Das Ausmaß des Konflikts aufgrund dieses Konkurrenzverhältnisses läßt sich am Umfang der Wanderungsströme ablesen: Im Jahr 1971 stand im Innenstadtrandgebiet einem Wanderungsverlust von 15.000 Deutschen ein Wanderungsgewinn von 24.000 Ausländern gegenüber.

Neubautätigkeit führte in den Randbezirken im Norden, Südosten und Südwesten in den vergangenen zehn Jahren zu einer erheblichen Bevölkerungszunahme. In den Zwischenbezirken zeigte die Bevölkerungsentwicklung dagegen bis in die 60er Jahre einen ruhigen Verlauf. Der fortschreitende Verdichtungsprozeß im Rahmen der Ausschöpfung bestehenden Baurechts führte jedoch in den Folgejahren zu einem kontinuierlichen Bevölkerungswachstum, das bis heute andauert.

### 2.3 Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung

Die Zahl der Geburten nimmt in München seit 1965 von Jahr zu Jahr ab (Diagr. I-2).

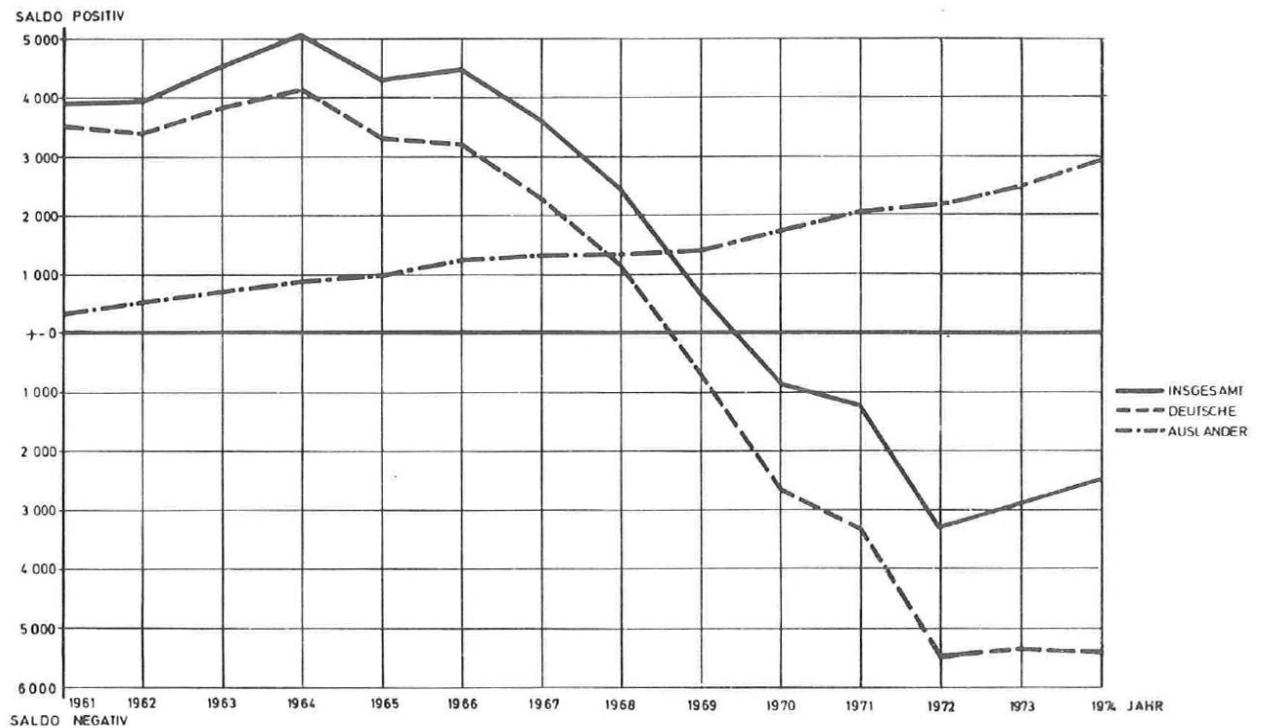
Die Geburtenziffer ging in München seit dem letzten Maximum im Jahre 1966, als auf 1.000 Einwohner noch 14,6 Lebendgeborene kamen, fast um die Hälfte auf 7,4 (1973) zurück. Dabei war die prozentuale Abnahme in der Landeshauptstadt wesentlich größer als im Umland, wo die Geburtenrate 1970 noch fast doppelt so hoch war als in München<sup>2</sup>).

Der Bevölkerungsverlust aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung setzte beim deutschen Bevölkerungsteil 1969 ein und lag 1973 bereits bei über 5.400 Einwohnern/Jahr<sup>3</sup>); der ausländische Bevölkerungsteil weist dagegen einen steigenden Geburtenüberschuß von ca. 2.500 Einwohnern/Jahr auf (Tab. I-4). In den Bezirken der Innenstadt ist der Ausländeranteil an den Geburten z.T. auf weit über 30 % angestiegen. Die Geburtenrate der Ausländer war 1973 mit 12,5 Lebendgeborenen auf 100 Ausländer fast doppelt so hoch als die Geburtenrate der Deutschen, die auf 6,4 abgesunken ist.

Das Phänomen des Geburtenrückgangs tritt in der gesamten Bundesrepublik Deutschland und in den meisten Industrienationen auf. Seine Ursachen liegen nicht allein in der Möglichkeit der Geburtenkontrolle; sie sind vielmehr in einer gewandelten Einstellung zum Kind und zur Familie zu suchen. Die Konsumorientierung der heutigen Gesellschaft, aber auch die Kinderfeindlichkeit der Wohn- und Lebensbedingungen in Großstädten spielen dabei eine wesentliche Rolle. Die Unterschiede im Geburtenrückgang, die zwischen den Stadtbezirken (Abb. I-7) und zwischen Stadt und Umland auftreten, bestätigen die zweite Ursache auch für München.

- 
- 1) Von allen im Innenstadtrandgebiet umziehenden bzw. wegziehenden Arbeiterhaushalten zogen 20 % nach außerhalb Münchens, von allen Haushalten der leitenden Angestellten, Beamten und größeren Selbständigen dagegen 47 %.  
Diese Entmischungstendenz läßt sich auch bei den Umzügen ins übrige Stadtgebiet feststellen. Insgesamt gab das Innenstadtrandgebiet 1971, als die soziale Zusammensetzung der Wanderungsströme untersucht wurde, etwa 2.500 Personen der mittl. und oberen Berufsgruppen an das übrige Stadtgebiet ab.
  - 2) Diese unterschiedliche Entwicklung der Geburtenrate ist unmittelbares Ergebnis der Entmischung der Gesamtbevölkerung im Rahmen der Mobilitätsprozesse. Junge Familien sind mit 16 % an den Wegzügen beteiligt, Haushalte mit Kindern mit 22 %. Der jugendliche Altersaufbau der Bevölkerung im Umland geht daher zum Teil auf Verdrängungsprozesse in der Landeshauptstadt zurück, die mehr als die Hälfte (56 %) der Zuzüge in die Umlandkreise stellt.
  - 3) Auch die Fruchtbarkeitsziffern sind stark zurückgegangen. Im einzelnen wird auf dieses entwicklungspolitische Problem im Materialbericht zur Bevölkerungsentwicklung eingegangen (in Vorbereitung). Vgl. auch die Bekanntgabe des Stadtentwicklungsreferates "Über den Rückgang der Geburtenziffern in der Landeshauptstadt, ihre Ursachen und Konsequenzen für die kommunale Entwicklungsplanung" vom 26.1.72.

## Diagr. I — 4

**Entwicklung des Geburtensaldos 1961 — 1974**

## Tabelle I — 4

**Geburtensaldo 1961 — 1974**

Zeitraum	Geburtensaldo		
	Insgesamt	Deutsche	Ausländer
1961	3 858	3 519	339
1962	3 933	3 406	527
1963	4 524	3 830	694
1964	5 067	4 158	909
1965	4 296	3 308	988
1966	4 445	3 218	1 227
1967	3 602	2 269	1 333
1968	2 439	1 119	1 320
1969	615	- 769	1 384
1970	- 885	-2 635	1 750
1971	- 1 239	- 3 313	2 074
1972	- 3 372	- 5 564	2 192
1973	- 2 928	- 5 394	2 466
1974	- 2 545	- 5 450	2 905

Quelle: Amt für Statistik und Datenanalyse

### 3. Folgen der gegenwärtigen Bevölkerungsentwicklung

Die Tendenzen der gegenwärtigen Bevölkerungsentwicklung wirken sich in allen Bereichen des städtischen Lebens nachteilig aus (Abb. I - 1) :

Die Umzüge belasten vor allem die sozial schwachen Haushalte.

Sie beschleunigen die Umstrukturierung der Innenstadt und erhöhen die Gefahr, daß die Innenstadt mehr und mehr kommerzialisiert und entvölkert wird, und damit ebenso wie die amerikanischen Großstädte verödet.

Sie verstärken die räumliche Trennung der städtischen Funktionen (Wohnen, Arbeiten, Versorgung), erhöhen die Verkehrsbelastung in der Stadt und führen zu Freizeitverlusten für die arbeitende Bevölkerung.

Sie führen zu einem Rückgang der in der Stadt wohnenden Erwerbspersonen und damit zu einer Verstärkung der Pendlerströme.

Sie machen umfangreiche und kostspielige Investitionen zur Versorgung der Bevölkerung in den neuen Wohngebieten am Stadtrand (und im Umland) erforderlich und bergen die Gefahr in sich, daß bereits bestehende Versorgungseinrichtungen der sozialen Infrastruktur in Zukunft nicht mehr voll ausgelastet sein werden.

Sie führen durch die soziale und altersmäßige Umschichtung der Gesamtbevölkerung zu einem Rückgang des Steueraufkommens bei weiter steigendem Investitionsbedarf für Versorgungseinrichtungen in Neubaugebieten.

Diese Folgen der gegenwärtigen Bevölkerungsentwicklung werden nicht nur bei der Verlagerung des Bevölkerungswachstums ins Umland der Landeshauptstadt auftreten; mit ihnen muß zum größten Teil auch bei der Umverteilung der Wohnbevölkerung innerhalb des Stadtgebietes, die bereits ein großes Ausmaß erreicht hat, gerechnet werden. Im folgenden wird auf die wichtigsten Konsequenzen näher eingegangen.

#### 3.1 Steigender Mangel an Arbeitskräften

Der Wanderungsverlust und die Verschiebungen in der altersmäßigen Zusammensetzung der Münchner Bevölkerung werden zu einem starken Rückgang der Zahl der in München wohnenden Erwerbspersonen führen. Selbst unter den Voraussetzungen der Zielprognose ist bis 1985 mit einem Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte um fast 40.000 zu rechnen (Tab. I - 10)<sup>1</sup>. Unter der Annahme, daß sich der gegenwärtige Trend der Bevölkerungsentwicklung fortsetzt, kann die Zahl der Erwerbspersonen bis 1985 um mehr als 130.000 abnehmen.

Es besteht die Gefahr, daß diese Entwicklung der Forderung der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften neuen Auftrieb verschafft. Sie wird aber auch zum Anstieg des Pendlersaldos führen, da — wie dargelegt — zu viele Münchner Bürger ihren Wohnsitz ins Umland verlegen, ihren Arbeitsplatz in München aber beibehalten. Steigende Pendlerzahlen führen zu einer Erhöhung des Verkehrsaufkommens im Individualverkehr und damit zu weiteren Überlastungen im Straßennetz<sup>2</sup> und zur Verschlechterung des Wohnumfeldes in weiten Bereichen des Stadtgebietes. Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs muß mit einer empfindlichen Erhöhung der städtischen Zuschüsse an den MVV gerechnet werden, wenn sich die Zahl der Einpendler bis 1985 verdoppeln und die Subventionierung der MVV-Tarife für die aus dem Umland kommenden Einpendler nicht ändern sollte. Diese unerwünschte Entwicklung liegt im Bereich des Möglichen, wenn sich die Verlagerung Münchner Haushalte ins Umland nach dem Trend der letzten Jahre fortsetzt (Tab. I - 3)<sup>3</sup>.

1) Dabei ist der weiter steigende Arbeitskräftebedarf in Wirtschaft, Verwaltung und Dienstleistungseinrichtungen noch nicht berücksichtigt.

2) Zu den Auswirkungen auf den Wirtschaftsverkehr vgl. Kap. X Verkehr.

3) In den letzten Jahren 15.000 — 18.000 Erwerbspersonen pro Jahr.

### **3.2 Wachsende Entfernungen zwischen Wohnstandorten und Arbeitsplätzen**

Die wirtschaftliche Entwicklung Münchens war in den letzten Jahrzehnten durch ein starkes Anwachsen des Arbeitsplatzangebotes gekennzeichnet, das sich zwischen 1950 und 1970

verdoppelte. Dabei war die Zuwachsrate im sekundären Sektor höher als im tertiären Sektor.

Diese strukturellen Entwicklungen waren mit räumlichen Entmischungsprozessen verbunden. Betriebe der Güterproduktion expandierten in den Randbezirken, während sich der Dienstleistungssektor im Bereich der Innenstadt ausweitete. Im Laufe dieses Expansionsprozesses ging im Randbereich der Innenstadt der Bestand an Wohnraum durch Zweckentfremdung für gewerbliche Nutzung und Abriß zurück, während in den Außenbereichen umfangreiche Siedlungsmaßnahmen zur Schaffung neuen Wohnraums durchgeführt wurden. Dadurch verstärkte sich die Trennung der Wohnfunktion von den Arbeitsstandorten:

Bevölkerungsgruppen mit einfachen beruflichen Qualifikationen und Ausländer finden ihre Wohnungen vor allem im Altbaubestand des Innenstadtrandbereichs.

Ihre Arbeitsplätze liegen dagegen vorwiegend in den großen Produktionsbetrieben am Stadtrand und in den Zwischenbezirken.

Erwerbstätige mit höherer beruflicher Qualifikation arbeiten überwiegend in Betrieben des Dienstleistungssektors, die sich im Innenstadtbereich konzentrieren; die bevorzugten Wohngebiete dieser Gruppen liegen dagegen im Stadtrand- und Umlandbereich.

Diese Entmischungstendenzen wirken sich unmittelbar auf das Verkehrsaufkommen aus und führen zu erheblichen Zeit- und Kostenverlusten. Bevölkerungsgruppen mit einem empfindlichen "Zeithaushalt" (z.B. Schichtarbeiter, berufstätige Mütter) werden dadurch besonders belastet.

### **3.3 Herausbildung von Gebieten mit einseitiger Bevölkerungsstruktur**

Die beschriebenen Wanderungsvorgänge führen in den Herkunfts- und Zielgebieten zu Entmischungs- (Segregations-) und Verdichtungs- (Konzentrations-) Prozessen bestimmter Bevölkerungsgruppen (Abb. I-1).

Im Rahmen dieser Vorgänge konzentrieren sich in der Innenstadt und ihren Randgebieten

mobile Bevölkerungsgruppen mit geringer Bindung an Wohnung und Wohnviertel  
Gruppen einer wenig mobilen Restbevölkerung und Randgruppen (z.B. Alte;  
Diagr. I - 5, Abb. I - 4)

Ausländer, z.T. als 'Übergangs-' und 'Abnutzungsmieter' (Abb. I - 8, 9)

in den Neubaugebieten des Stadtrands und z.T. auch schon in Gebieten mit unausgeschöpftem Baurecht

wachsende Familien mit hohem Bedarf an Versorgungseinrichtungen (Diagr. I - 5,  
Abb. I - 3, 5)

in Gebieten mit sozialem Wohnungsbau einkommensschwächere  
Bevölkerungsgruppen (Abb. I - 6)

in den Umlandgemeinden

aktive Bevölkerungsgruppen, die weiterhin in der Stadt arbeiten, einkaufen und ihre Freizeit verbringen

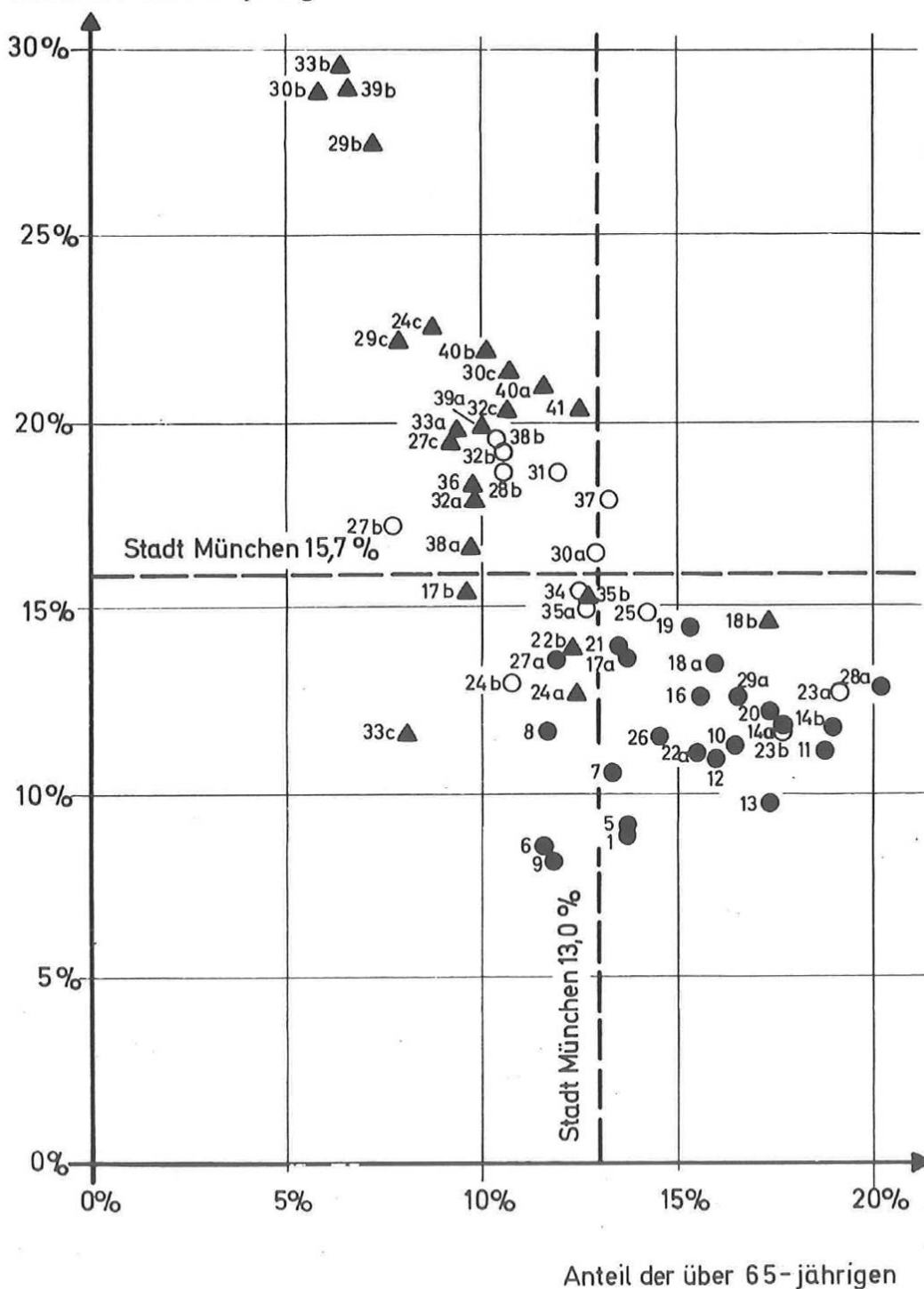
**Der Anteil der unter 15-jährigen und der Anteil der über 65-jährigen in den Stadtbezirken bzw. -bezirksteilen**

Stand 1970

- Innenstadt- u. Innenstadttrandgebiet
- ▲ Stadtrandgebiet
- übriges Stadtgebiet

Quelle der Daten: Volkszählung 1970

Anteil der unter 15-jährigen



in der gesamten Stadtregion

aktive, aufstiegsorientierte und z. T. beruflich qualifizierte Arbeitskräfte, die aus den ländlichen Räumen Bayerns zuwandern, wo sie für die Aktivierung regionalpolitisch dringend erforderlicher Mittelzentren benötigt würden.

In Neubaugebieten des Stadtrandes und in weiten Bereichen des Innenstadtrandgebietes wirken sich diese Entmischungs- und Konzentrationsprozesse besonders stark aus.

### **Probleme der Neubaugebiete**

Gemeinsames Merkmal aller Neubaugebiete ist der junge Altersaufbau der Wohnbevölkerung in den Gründerjahren, der sich trotz der mit der Zeit zunehmenden Mobilität in den neuen Wohnsiedlungen über einen Zeitraum von 10-15 Jahren erhält (Diagr. I -5, Abb. I - 3).

Anfänglich hohe Geburtenraten, die den städtischen Durchschnittswert um mehr als das Doppelte übersteigen, gehen in den Jahren nach Bezug stark zurück. Nach 5 - 10 Jahren sinken sie, trotz des immer noch jungen Altersaufbaus der Wohnbevölkerung, teilweise unter die städtischen Durchschnittswerte, so daß sogar ein negativer Geburtensaldo auftreten kann. Der schnelle "Durchlauf" der Geburtenjahrgänge aus der Gründerzeit durch den Altersaufbau der Neubaugebiete führt zur Herausbildung einer überdurchschnittlichen Nachfrage nach Einrichtungen der sozialen Infrastruktur<sup>1</sup> und zu lang anhaltenden starken Belastungen des kommunalen Investitionshaushaltes.

### **Problemgebiet Innenstadtrand**

Die Unterschiede zwischen der Bevölkerungszusammensetzung im Innenstadtrandbereich und dem übrigen Stadtgebiet und die Ungleichheiten innerhalb des Innenstadtrandgebietes werden durch Verdrängungs- und Umstrukturierungsprozesse weiter verschärft. So nimmt der ausländische Bevölkerungsanteil in den traditionellen Arbeitervierteln der innenstadtnahen Bezirke besonders stark zu, wächst aber auch in Bereichen, die nicht traditionelle Arbeitergebiete sind (Maxvorstadt, Schwabing, Lehel; vgl. Abb. I - 8, 10).

Auf den Verlust an Wohnfunktion, den Rückgang familiengerechter Wohnungen und die Verschlechterung der Umweltqualitäten reagieren die einkommensstarken Gruppen der Innenstadtbevölkerung mit Wegzug, während die einkommensschwachen Gruppen eine starke Beharrungstendenz aufweisen. Sie können aus finanziellen Gründen am Neubau-Wohnunsmarkt nicht teilnehmen und sind auf die preiswerten Wohnungen, die gute Infrastrukturausstattung, das vielfältige Arbeitsplatzangebot, die guten Erreichbarkeitsverhältnisse und das dichte Netz sozialer Kontakte in den Innenstadtrandgebieten in besonders starkem Maße angewiesen<sup>2</sup>.

Aus amerikanischen Untersuchungen ist bekannt, daß bei Entmischungsprozessen soziale Konflikte zwischen alteingesessenen und zuziehenden Gruppen besonders dann aufbrechen, wenn diese einer vermeintlich tiefer stehenden Schicht angehören.

Eine Typisierung der Stadtbezirke zeigte, daß unter diesen Gesichtspunkten bereits mehrere Innenstadtrandbezirke<sup>3</sup> problematische Situationen aufweisen (Diagr. I-6 und Abb. I -1,4,6,10). In ihnen treffen folgende kritische Merkmale der Sozialstruktur zusammen:

---

1) Vgl. Kap. IX - Infrastruktur.

2) Eine Sonderauswertung der Volkszählung 1970, die vom Stadtentwicklungsreferat im Rahmen der Kindergartenentwicklungsplanung durchgeführt wurde, zeigte, daß sich z.B.. die Haushalte mit berufstätigen Müttern im Randbereich der Innenstadt konzentrieren.

3) Altstadt, Isarvorstadt, Schlachthofviertel, Isarvorstadt-Deutsches Museum, Haidhausen-Süd, Au, Sendling, Schwanthaler Höhe und Neuhausen-Oberwiesenfeld.



überdurchschnittlich hoher Anteil schlecht ausgestatteter Wohnungen  
überdurchschnittlich hoher Anteil von Ausländern an den Zuzügen  
überdurchschnittlich geringer Anteil mittlerer und oberer Berufsgruppen an den Zuzügen und  
Überalterung<sup>1</sup>

Diese Stadtbezirke bilden das eigentliche "Problemgebiet INRA". Sie sind zusätzlich gekennzeichnet durch einen hohen Anteil der Einpersonenhaushalte (jeder 3. bzw. 4. Einwohner) und durch einen überdurchschnittlichen Arbeiteranteil (Abb. 1-1, 6). Das Verhalten der Bevölkerungsgruppen, die diese Stadtbezirke verlassen, kann - neben den Unzulänglichkeiten des Wohnungsbestandes - auf folgende Ursachen zurückgeführt werden:

Reaktion auf beobachtete Veränderungen und Angst vor weiterer "Verschlechterung" der überkommenen sozialen Zusammensetzung des Viertels

Reaktion auf — und damit Verstärkung der — Instabilität des Wohnungsbestandes (Mietunsicherheit, Abrißerwartung, etc.)

Reaktion auf bzw. Angst vor einer Verschlechterung der Versorgung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, wenn z.B. ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot durch den Zuzug von Ausländern belastet wird (Kindergärten, Schulen).

Häufig wird der starke Ausländerzustrom als Grund für den Wandel der Lebensverhältnisse und die Verschlechterung der Wohnungsqualität und des Wohnumfeldes in den Innenstadtrandgebieten angeführt, in Wirklichkeit ist der Zuzug von Ausländern nur eine der Folgeerscheinungen der bereits kritischen Gesamtsituation.

### **3.4 Sozialpolitisch unerwünschte Folgen der Bevölkerungsentwicklung**

Die Mobilität, die durch die Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung durch renditestärkere Nutzungen und durch Unzulänglichkeiten des Wohnungsbestandes insbesondere im Innenstadtrandbereich ausgelöst wird, führt zu schwerwiegenden Belastungen der Bevölkerung und zu sozialen Konflikten<sup>2</sup>;

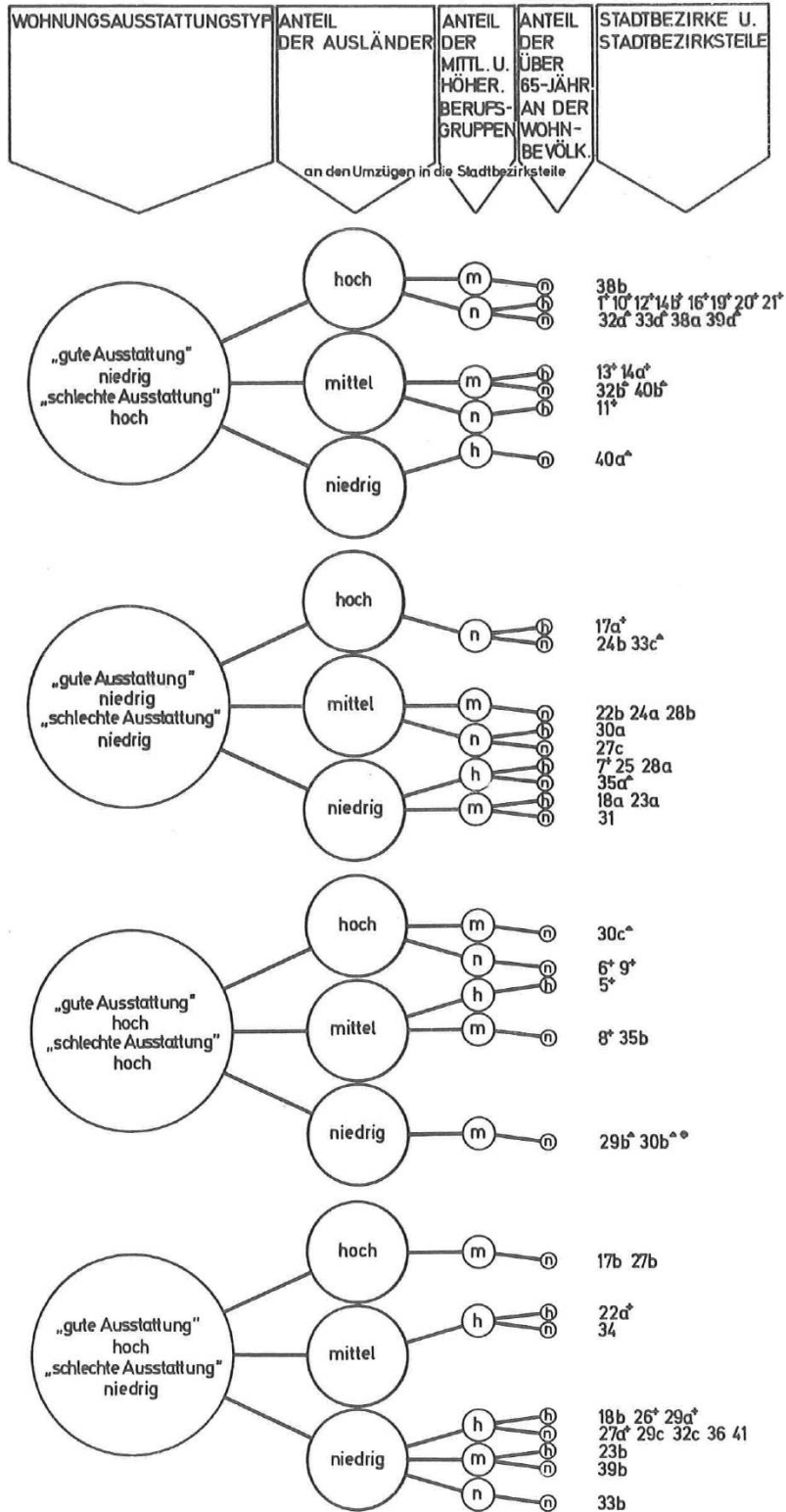
Etwa jeder zehnte innerstädtische Mobilitätsfall geht auf direkte Zwangseinwirkung (Kündigung) zurück. Jährlich werden fast 10.000 Mieter aus ihrer alten Wohnung und aus ihrem angestammten Wohngebiet durch Betreiben der Hauseigentümer verdrängt. Zweckentfremdung und Abriß von Wohnraum sind dabei der häufigste Anlaß<sup>3</sup>.

Mehr als die Hälfte der verdrängten Mieter verließ den Innenstadtrandbereich und zog an den Stadtrand oder ins Umland. Die gekündigten Haushalte gehören überwiegend sozial schwachen Gruppen an. Ihnen folgen häufig "Übergangsmieter" mit kurzer Wohndauer nach.

- 
- 1) Vgl. z.B. die Ergebnisse der empirischen Untersuchung des Blockes 15 in Haidhausen (Bekanntgabe in der Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses vom 25.1.1975).
  - 2) Eine detaillierte Analyse enthält der Materialbericht zur Bevölkerungsentwicklung (in Vorbereitung).
  - 3) Eine Zusammenführung der Zweckentfremdungskartei des Amtes für Wohnungswesen mit der Einwohnerkartei des Einwohnermeldeamtes durch das Stadtentwicklungsreferat ergab, daß aus den Innenstadtrandbereichen im Jahre 1972 und in der ersten Hälfte des Jahres 1973 im Zusammenhang mit Abriß bzw. Zweckentfremdung von Wohnraum fast 20.000 Mieter verdrängt wurden. Eine ähnliche Größenordnung erbrachte auch eine Repräsentativbefragung des Stadtentwicklungsreferats bei 500 umgezogenen Haushalten. Auch die Erfahrungen in anderen Großstädten der Bundesrepublik Deutschland stützen diesen Wert. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß in 72 % aller Zweckentfremdungs- und Abrißfälle kommerzielle Gründe den Ausschlag gaben.

Diagr. I — 6

**Typisierung der Stadtbezirke bzw. -bezirksteile nach Merkmalen der Sozialstruktur, der Wohnungsausstattung und der Wanderungsbewegung.**



<sup>+</sup>) Innenstadtgebiet

<sup>▲</sup>) Bevölkerungsstand 1970 unter 10 000 Einwohner

Die Typisierung beruht auf Datenbeständen (1968, 1970, 1971), die die jüngere Entwicklung Neu-Perlachs noch nicht wiedergeben

Quelle der Daten:

GWZ 1968

VZ 1970

Wanderungsbewegung 1971

Unbefriedigende Wohnumfeld- und Umweltbedingungen sind die Ursache für weitere 25 % der Mobilitätsfälle (ca. 25.000 Personen) in den Innenstadtrandgebieten. Da Umzugsentscheidungen jeweils durch ein Bündel von Motiven herbeigeführt werden, von denen nur die wichtigsten erfaßt werden konnten, liegt der tatsächliche Anteil der Umweltfaktoren an den Umzugsmotiven vermutlich höher.

Der Hauptanteil der Umzugsgründe im Innenstadtrandbereich entfällt auf Verschiebungen der Wohnansprüche in den Phasen des familiären Lebenszyklus. 60 % (ca. 60.000 Personen) ziehen hauptsächlich um, weil die Wohnung zu klein geworden ist, oder aus anderen familiären Gründen. Bei der fortlaufenden Verringerung des Angebots an familiengerechten Wohnungen im Innenstadtrandbereich sieht sich diese Personengruppe zum größten Teil zum Wegzug ins übrige Stadtgebiet, insbesondere aber ins Münchner Umland gezwungen.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung steht den Veränderungen in den Wohngebieten passiv gegenüber, weil er keine Möglichkeit sieht, den Funktionswandel zu beeinflussen. Die Meinung, der Prozeß sei nicht aufzuhalten, dominiert. In den meisten Fällen sehen die Haushalte nur die Möglichkeit des Wegzugs.

Der Verdrängungsprozeß wirkt auf diese Weise wie ein Filter. Er führt zur räumlichen Entmischung von Gruppen verschiedener Altersstufen, Nationalitäten und Haushaltstypen, weil die anspruchsvolleren, einkommensstärkeren und jüngeren Bewohner wegziehen, die sozial schwächeren und älteren Bewohner solange wie möglich bleiben.

Die sozialpolitischen Folgen einseitiger Sozialstrukturen in Wohnquartieren umfassen viele Lebensbereiche. Sie führen zu Sozialisationschäden, setzen Bildungschancen und Bildungsmotivation herab und verringern die gesellschaftlichen Entfaltungs- und Aufstiegschancen.

### **3.5 Investitionspolitische Folgen der Bevölkerungsentwicklung**

Die Bevölkerungsentwicklung Münchens ist seit einigen Jahren gekennzeichnet durch starken Zuzug einkommensschwacher Bevölkerungsschichten und hohen und weiter steigenden Wegzug einkommensstarker Schichten ins Umland. Der noch in den 60er Jahren bedeutsame Zustrom einkommensstarker Schichten wird inzwischen fast vollständig "an der Stadt vorbei" ins Umland gelenkt.

Durch den Wegzug einkommensstarker Bevölkerungsgruppen in Gemeinden außerhalb der Stadt wird das Steueraufkommen aus der Einkommenssteuer verringert, Da diese Gruppen zum großen Teil ihre Arbeitsplätze in München beibehalten und die Versorgungsleistungen der Landeshauptstadt zum Teil weiter in Anspruch nehmen, wird der Investitionshaushalt der Stadt kaum entlastet.

Der Wegzug von Bevölkerungsgruppen mit starker Nachfrage nach Versorgungseinrichtungen (wachsende Haushalte, junge Familien) aus Stadtteilen mit ausgewogener Infrastrukturausstattung in Neubaugebiete mit einem Defizit an Versorgungseinrichtungen macht zusätzlich kostspielige Investitionen in die Infrastrukturausstattung notwendig.<sup>1</sup>

Bei der Finanzplanung für die Stadt München muß aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung mit einer zunehmenden Überalterung der Münchner Bevölkerung gerechnet werden, da in den nächsten Jahren die Geburtenziffern stärker sinken werden als die Sterberaten steigen. Diese Tendenz wird verstärkt durch die Abwanderung junger expansiver Haushalte, die wegen der geringen Attraktivität zahlreicher städtischer Wohnquartiere immer mehr ins Umland ziehen. Die Stadt muß daher bei einer Fortsetzung dieser Entwicklungstendenz mit steigenden Ausgaben für die Versorgung ihrer alten Bürger bei langfristig sinkenden Erwerbsquoten und nachlassendem Steueraufkommen rechnen.

1) Vgl. Kap. IX Infrastruktur

#### 4. Ziele zur Bevölkerungsentwicklung

Der Stadtentwicklungsplan setzt sich als wichtigstes Ziel, den Folgen einer Bevölkerungsentwicklung, die in vielen Großstädten bereits zur Verödung der Innenstädte, zu übermäßig langen Arbeitswegen, zu Infrastrukturmängeln in den Randbezirken und zur Zersiedelung des Umlandes führte, und die in München ebenfalls einsetzte, noch rechtzeitig zu begegnen.

Er versucht, die spezifischen Besonderheiten der Landeshauptstadt, die München in den 60er Jahren als Folge

einer bewohnten Innenstadt

eines jungen Alteraufbaus der Bevölkerung und einer ausgewogenen Sozialstruktur des Fehlens von ausgeprägten Ghetto- und Slumgebieten

eines ausgewogenen Verhältnisses der Wohnstandorte zu den Arbeitsplätzen

zur attraktivsten deutschen Stadt werden ließen und die durch die Entwicklung der letzten Jahre aufs höchste gefährdet sind, zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

Der Stadtentwicklungsplan kann dabei auf Zielvorstellungen zur Bevölkerungsentwicklung aufbauen, die der Stadtrat angesichts der bedrohlichen Entwicklung in den letzten Jahren beschlossen hat:

Steuerung und Verlangsamung des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums<sup>1</sup>

Schutz der 'Originalität' der Innenstadt und der Innenstadtrandgebiete<sup>2</sup>

Erhaltung der Wohnfunktion in den Innenstadtrandgebieten<sup>3</sup>

Steuerung des Zustroms ausländischer Arbeitnehmer<sup>4</sup>.

Diese Zielvorstellungen lassen sich auf ein entwicklungspolitisches und ein sozialpolitisches Hauptziel zur Bevölkerungsentwicklung zurückführen:

Die Dynamik und das Ausmaß der Bevölkerungsentwicklung in der Landeshauptstadt sind mit der Planungs-, Investitions- und Integrationskapazität der Stadt zu koordinieren.

Mobilitätswänge, die sich vor allem im Innenstadtbereich aus der Verringerung des Wohnungsbestandes, aus seiner unzureichenden Qualität und aus der Verschlechterung der Umweltbedingungen ergeben, sind abzubauen.

Im einzelnen sollte folgender "Zielkatalog zur Bevölkerungsentwicklung" bei allen Entwicklungs- und Planungsmaßnahmen in der Landeshauptstadt Berücksichtigung finden:

- (1) Konsolidierung der Bevölkerungsentwicklung im Stadtgebiet, besonders beim deutschen Bevölkerungsanteil und bei jungen Familien.
- (2) Reduzierung der Bevölkerungsmobilität in München, das nicht zur Durchgangsstation für innerregionale Mobilitätsprozesse werden darf.
- (3) Abbau von Mobilitätswängen, die durch Verlust der Wohnung, Mietsteigerung und Verschlechterung der Umweltqualität ausgelöst werden,
- (4) Verbesserung des Wohnungsbestandes im Bereich der Innenstadtrandgebiete zur Verhinderung sozialer Monostrukturen und Entmischungerscheinungen und Sicherung des Innenstadtrandgebietes als Wohngebiet für alle Bevölkerungsschichten.

---

1) Bekanntgabe über die kommunal politischen Aspekte des Münchner Wanderungsgewinns vom 27.5.1970,

2) Beschluß zum Originalitätsverlust der Landeshauptstadt München vom 30.6.1971.

3) Beschluß zur Entwicklung der Innenstadtrandgebiete ("Rosa Plan") vom 4.4.1973 und Beschlüsse über den Vollzug der Verordnung der Bayerischen Landesregierung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (23.12.1971).

4) Beschlüsse 211 den Kommunalpolitischen Aspekten des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München vom 3.5.1972 und zum Ausländerprogramm der Landeshauptstadt München.

- (5) Stärkere Orientierung der infrastrukturellen Ausstattung an der kleinräumigen demographischen und sozialen Bevölkerungsstruktur.
- (6) Abbau des Ausländerzustroms und Verhinderung weiterer Konzentrationserscheinungen in bereits überlasteten Teilgebieten der Stadt<sup>1</sup>.
- (7) Abbau der Fluktuationsrate der Ausländer mit dem Ziel einer Integration der bereits mehrere Jahre ansässigen ausländischen Arbeitnehmer,
- (8) Abstimmung des Arbeitsplatzwachstums mit der Bevölkerungsentwicklung, um unerwünschte Auswirkungen auf den Ausländeranteil und die Pendlerzahlen zu vermeiden,

## **5. Maßnahmen zur Steuerung der Bevölkerungsentwicklung**

Maßnahmen zur Erreichung der bevölkerungspolitischen Ziele werden in den folgenden Kapiteln abgeleitet, Sie umfassen den gesamten Aufgabenbereich der Entwicklungsplanung. Im folgenden Abschnitt werden einige Maßnahmen und Instrumente wegen ihrer zentralen Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung hervorgehoben.

### **5.1 Verbesserung der Wohnverhältnisse**

Die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit preiswertem Wohnraum in Gebieten mit ausreichender infrastruktureller Ausstattung kann nur durch die Erhaltung und Modernisierung der vorhandenen Wohnungssubstanz sichergestellt werden. Beim Bundesgesetzgeber ist darauf zu drängen, daß im Rahmen der vorgesehenen Novellierung des Bodenrechts die Zweckentfremdungsverordnung rechtlich abgesichert wird und die Mittel aus dem sozialen Wohnungsbau auf die Modernisierung von Altbauten konzentriert werden. Neuer Wohnraum sollte von der öffentlichen Hand nur nach eingehenden Bedarfs- und Standortanalysen gefördert werden. Künftige Baumaßnahmen müssen sich an der Verfügbarkeit von Infrastruktureinrichtungen orientieren. Sie dürfen auf keinen Fall die Nachfrage nach neuen Infrastruktureinrichtungen in schlecht versorgte Stadtrandgebiete verlagern. Über den Schutz der vorhandenen Bevölkerungsstruktur hinaus sollte die Wohnungsbaupolitik für die Innenstadtrandgebiete auf eine vorsichtige Regenerierung der Bevölkerungsstruktur ausgerichtet werden, um die Folgen der demographischen und sozialen Aushöhlungsprozesse aus den letzten Jahren abzubauen. Zu diesem Zweck ist auf eine Verbesserung der Wohnumfeldqualität in den Innenstadtrandgebieten besonderes Augenmerk zu richten. Ein Rückgang der Wohnbevölkerung (Siedlungsdichte) ist nur aus Gründen der Qualitätsverbesserung vertretbar. Kommerzielle Aktivitäten sind in den ausgewiesenen Stadtteilzentren anzusiedeln. Neubaumaßnahmen in den Außenbezirken sind mit dem Zentrenkonzept abzustimmen.

Das Wohnungsbauprogramm der Landeshauptstadt in den Umlandgemeinden ist einzustellen, da es der Abwanderung junger Familien unmittelbar Vorschub leistet. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei Maßnahmen im Bereich des Wohnumfeldes und des Wohnumilieus. Nachteilige Einflüsse sind im gesamten Stadtgebiet gezielt abzubauen. Auch der Generalverkehrsplan ist unter diesen Aspekten zu konzipieren.

---

1) Vgl. Kap. VI – Soziales

## 5.2 Gezielte Infrastrukturplanung

Die Versorgung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur ist ein zentrales bevölkerungspolitisches Instrument. In Neubaugebieten stellt sich die Aufgabe, akute Versorgungslücken zu schließen und mittelfristig das Versorgungsniveau gut ausgestatteter Umlandgemeinden zu erreichen. In vielen alten Wohngebieten bildete sich im Laufe der sozialen und demographischen Aushöhlungsprozesse eine Schere zwischen der Bevölkerungs- und Angebotsstruktur heraus, die in den nächsten Jahren im schulischen Bereich zu Überkapazitäten führen kann, während z.B. im Bereich der Altenpflege Versorgungslücken auftreten. Das relativ gute Angebot an schulischer Infrastruktur in diesen Gebieten kann aber auch einen Ausgangspunkt für die notwendige Regenerierung der Bevölkerungsstruktur liefern.

Dieser Anspruch an eine strukturell und räumlich differenzierte Infrastrukturplanung kann mit dem herkömmlichen Instrumentarium nicht eingelöst werden. Das Stadtentwicklungsreferat erarbeitet daher ein Instrumentarium (Münchner Infrastrukturplanungssystem - MIPLAS), mit dem die Prioritäten aus der Sozial-, Bevölkerungs- und Investitionspolitik aufeinander abgestimmt werden können.

## 5.3 Steuerung des Ausländerzuzugs

Vom Landes- und Bundesgesetzgeber wurden mit dem generellen Anwerbestop und mit der Zuzugssperre für überlastete Gebiete rechtliche Instrumente zur Dämpfung des Ausländerzuzugs und zur Verhinderung einer weiteren Infrastrukturbelastung geschaffen. Durch den generellen Anwerbestop konnte zwar der Zuzug aus dem Ausland verringert werden, nicht aber der Zuzug aus dem Inland und die Familienzusammenführung. Die regionale Zuzugsbeschränkung für das Gebiet der Landeshauptstadt München, die am 1.4.75 in Kraft getreten ist, eröffnet erstmals eine rechtliche Möglichkeit zur Steuerung des Ausländerzuzugs nach München. Diese administrativen Maßnahmen sind durch wohnungspolitische Maßnahmen und durch eine Integrationspolitik im Sinne des Münchner Ausländerprogrammes<sup>1</sup> zu ergänzen.

## 6. Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung

Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung für einen Raum wie die Landeshauptstadt ist mit großen Schwierigkeiten und entsprechenden Unsicherheiten verbunden. Alle Versuche aus früheren Jahren, die Entwicklung über einen längeren Zeitraum "vorauszusehen", erwiesen sich als unzureichend. Es soll daher im folgenden keine eigentliche "Prognose" erstellt werden. An Hand von Modellrechnungen wird untersucht, unter welchen Bedingungen eine Annäherung der Bevölkerungsentwicklung an die Zielvorstellungen des Stadtentwicklungsplanes erreicht werden kann, und welche Auswirkungen zu erwarten sind, wenn sich die Entwicklungstrends der letzten Jahre unter Status-quo-Bedingungen fortsetzen würden.

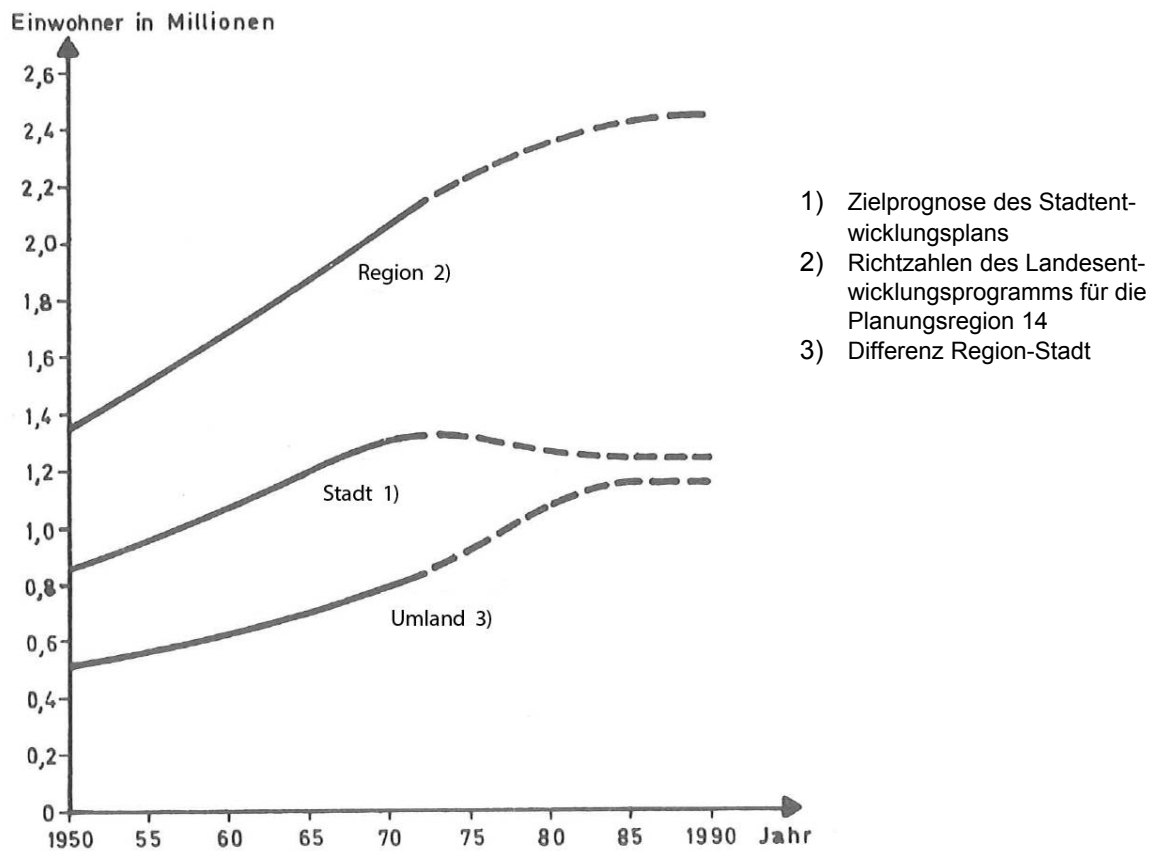
Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich dabei aus der Stellung der Landeshauptstadt innerhalb des Verdichtungsraumes. Während die Bevölkerungsentwicklung im gesamten Verdichtungsraum einen engen Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wachstumsprozeß aufweist, ist der Zusammenhang in München schwach, wenn nicht sogar negativ, da das Arbeitsplatz- und Produktivitätswachstum in der Kernstadt mit der Verdrängung von Wohnbevölkerung ins Umland verbunden ist.

Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung für die Planungsregion können daher an die Prognose der Wirtschaftsentwicklung anknüpfen<sup>2</sup> (Diagr. I - 7). Prognosen für die Landeshauptstadt müssen dagegen in erster Linie von Annahmen über die Entwicklung der innerregionalen Wanderungsströme ausgehen, die zu einem großen Teil vom Wohnungsmarkt in Stadt und Region bestimmt werden.

1) Vgl. Kap. VI Soziales

2) Entsprechende Berechnungen wurden im Auftrag des Stadtentwicklungsreferates von der PROGNOSE AG in Basel durchgeführt.

Diagr. I — 7

**Zielprognosen zur Bevölkerungsentwicklung in Stadt, Umland und Region**

Die Münchner Bevölkerungsentwicklung wird von der demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik mitbestimmt. Der Rückgang der Einwohnerzahl der Bundesrepublik, der sich nach allen vorliegenden Prognosen während der nächsten Jahre fortsetzen wird, der starke Geburtenrückgang und die Verringerung der innerdeutschen Wanderungen, die auch zu einem Rückgang der Nord-Süd-Wanderung führte, lassen für die Landeshauptstadt keine Gewinne aus der Außenwanderung mehr erwarten. Bevölkerungsverluste, die durch Geburtenrückgang und Wegzug entstehen, können nicht mehr durch Zuzüge ausgeglichen werden. Damit steht die Entwicklungsplanung vor der zentralen Aufgabe, Maßnahmen gegen die Abwanderung der Bevölkerung ins Umland zu entwickeln und durchzusetzen, um das Ausmaß der Wegzüge zu verringern<sup>1</sup>.

Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in der Landeshauptstadt müssen daher davon ausgehen, daß

die Zahl der zuziehenden Deutschen (Tab. I - 2, Diagr. 1-1) nach allen vorliegenden Berechnungen weiterhin zurückgehen wird und nur wenig beeinflusst werden kann.

die Zahl der wegziehenden Deutschen (Tab. I 2, Diagr. I - 1) vorerst weiter steigen wird. Diese Entwicklung kann jedoch in begrenztem Rahmen durch Planungsmaßnahmen der Stadt gesteuert werden.

bei der deutschen Bevölkerung also weiterhin mit einem Wanderungsverlust und mit einem Verlust aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung zu rechnen ist.

1) Vgl. Ziffer 2

bei den Ausländern Wanderungsverluste durch den Geburtenüberschuß ausgeglichen werden.

die Zahl der zu- und wegziehenden Ausländer (Tab. I - 2, Diagr. 1-1) nicht verlässlich geschätzt werden kann, da sie von der Wirtschaftsentwicklung und von politischen Vorgaben abhängt.

### 6.1 Prognosen unter Status-quo-Bedingungen

Der gegenwärtige Verlauf der Bevölkerungsentwicklung muß zu düsteren Prognosen führen. Der Bevölkerungsverlust beim deutschen Bevölkerungsteil, der sich als ununterbrochener Trend bis in die Mitte der 60er Jahre zurückverfolgen läßt, kann durch planerische Maßnahmen nur in begrenztem Umfang beeinflußt werden. Der Geburtenrückgang, der seit 10 Jahren in allen Industrienationen zu beobachten ist, und der sich in den nächsten Jahren nicht nachhaltig ändern wird, führt durch Sterbeüberschuß bis 1985 zu einem Verlust von 60.000 — 70.000 deutschen Bürgern. Auch der Wanderungsverlust deutete sich durch die beständige Abnahme der Zuzüge und den ebenfalls gleichmäßigen Anstieg der Wegzüge bereits langfristig an und führte 1973 zu einem Defizit von ca. 13.000 deutschen Bürgern. Ein Einfrieren dieses Trends auf dem Stand von 1973 würde bis 1985 zusätzlich zum Verlust aus dem Geburtenrückgang zu einem Defizit von ca. 140.000 deutschen Einwohnern führen.

Die Auswirkungen dieser Entwicklungstrends wurden in zwei Prognosemodellen mit alternativen Annahmen überprüft (Tab. I - 5):

Bei der pessimistischen Variante wurde angenommen, daß der Wanderungsverlust bei den Deutschen den Stand der letzten Jahre nicht mehr übersteigen und die Zahl der Ausländer stagnieren wird (Tab. I - 6). Diese Annahmen würden bis 1985 zu einem Rückgang der Einwohnerzahl auf 1.096.000 führen. Einer Zahl von 231.000 Ausländern würden dann nur noch ca. 865.000 deutsche Bürger gegenüberstehen.

Diese Entwicklung würde einen Verlust von ca. 131.000 Erwerbspersonen und gravierende Verschiebungen in der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nach sich ziehen. Der Anteil der Alten würde von 14 % (1973) auf 16 % der Ausländeranteil von 18 % (1974) auf 21 % steigen (Tab. I - 6, 7, 8, 9; Diagr. I - 8).

Die optimistische Variante geht von einem geringeren Wanderungsverlust beim deutschen Bevölkerungsteil aus (Tab. I - 6). Die Bandbreite, die aus dem Trend der letzten Jahre abgeleitet werden kann, ist aber relativ schmal, so daß selbst bei optimistischen Annahmen bis 1985 ein Rückgang der Deutschen auf ca. 958.000 befürchtet werden muß. Ein nachhaltiger Rückgang der Gesamtbevölkerung könnte also nur unter der Bedingung vermieden werden, daß ein geringer Anstieg der Ausländerzahl auf ca. 240.000 in Kauf genommen wird (Tab. I - 6).

Unter diesen Annahmen würde die Einwohnerzahl bis 1985 lediglich auf ca. 1.197.000 sinken (Tab. I - 6, 7, 8, 9; Diagr. I - 8). Dabei würden der Ausländeranteil auf 20 % steigen und die Zahl der Erwerbspersonen um ca. 70.000 zurückgehen. Ein noch viel größeres Defizit bei den deutschen Erwerbspersonen würde zum Teil durch Ausländer ausgeglichen.

Die Modellrechnungen zeigen, daß eine Fortsetzung der Bevölkerungsentwicklung auf dem gegenwärtigen Trend zu katastrophalen Folgen führen würde<sup>1</sup>. Der starke Rückgang der Einwohnerzahl wäre nur ein Indikator für die Fortdauer der Verdrängungsprozesse, die Verödung ganzer Stadtviertel, die Verlagerung und Entstehung neuer Investitionsaufgaben und die Verstärkung der Konflikte zwischen Stadt und Umland.

---

1) Vgl. Ziffer 3



Tabelle I – 5

## Annahmen für die Bevölkerungsprognosen

	Zielprognose	Trend-Opt. Variante	Trend-Pess. Variante
Deutsche Zuzüge	Konsolidierung des Trends Ende der 70er Jahre	nach leichtem Rückgang Konsolidierung des Trends in den 80er Jahren	Fortsetzung des Trends bis Ende der 70er Jahre, dann Konsolidierung auf niedrigerem Niveau
Wegzüge	durch Maßnahmen des Stadtentwicklungsplanes keine weitere Zunahme, sondern leichter Rückgang bis Ende der 70er Jahre	nach Ende der krisenbedingten Immobilität wieder höhere Wegzüge, die allmählich auf ein mittleres Niveau sinken	nach Ende der krisenbedingten Immobilität wieder hohe Wegzüge, die sich erst Anfang der 80er Jahre auf ein etwas niedrigeres Niveau einpendeln
Wanderungssaldo	Abbau des derzeit negativen Saldos bis Ende der 70er Jahre, danach leicht positiver Saldo	zunächst noch stärkerer, allmählich jedoch zurückgehender negativer Saldo	nach Überwindung der Krise erneut stark negativ, leichte Verbesserung erst in den 80er Jahren
Ausländer Zuzüge	der krisenbedingte Trendumbruch wird durch Ausländerstopp drastisch verschärft (Rückgang auf die Hälfte des Wertes der frühen 70er Jahre), Konsolidierung auf niedrigem Niveau ab 1977	wie Zielprognose, jedoch keine Konsolidierung, sondern erneut leichtes Ansteigen aufgrund erwarteter Liberalisierung Ende der 70er Jahre	wie Zielprognose
Wegzüge	erheblicher Rückgang aufgrund sinkender Ausländermobilität, Einpendeln Ende der 70er Jahre	erheblicher Rückgang aufgrund sinkender Ausländermobilität, jedoch auf etwas höheres Niveau, Anfang der 80er Jahre leichte Erhöhung der Fluktuation	wie Zielprognose
Wanderungssaldo	der krisen- und maßnahmebedingte Umschlag des positiven in einen negativen Saldo 1974/1	der zunächst negative Saldo geht Ende der 70er Jahre zurück und ist dann nur noch leicht negativ	wie Zielprognose
Gesamtbev. Geburten-, Sterbesalden Nationalitäten-gliederung	unverändert auf Niveau 1973	wie Zielprognose	wie Zielprognose
Tendenz der Gesamtentwicklung	Stagnation der Ausländer führt bei gebremstem Rückgang der Deutschen zu leichtem Anstieg des Ausländeranteils um 1% bis 1985	leicht steigende Ausländerzahl ab Ende der 70er Jahre führt bei abflachendem Rückgang der Deutschen zum Anstieg des Ausländeranteils um 2,5 % bis 1985	<p>trotz stagnierender Ausländerzahl führt ungebremste Abnahme der Deutschen zu weiterem Anstieg des Ausländeranteils um 4% bis 1985</p> <p>laufender Bevölkerungsverlust von 225.000 Einwohnern bis 1985</p>

Tabelle I -6

**Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung Ziel- und Trendprognosen**

	Zielprognose		Trendprognosen			
	Anzahl	v.H.	optimistisch Anzahl	v.H.	pessimistisch Anzahl	v.H.
1974 gesamt	1 323 059	100	1 323 059	100	1 323 059	100
Deutsche	1 092 782	82,6	1 092 782	82,6	1 092 782	82,6
Ausländer	230 277	17,4	230 277	17,4	230 277	17,4
1975 gesamt	1 311 064	100	1 309 073	100	1 299 077	100
Deutsche	1 081 562	82,5	1 079 571	82,5	1 069 575	82,3
Ausländer	229 502	17,5	229 502	17,5	229 502	17,7
1980 gesamt	1 272 278	100	1 245 747	100	1 185 701	100
Deutsche	1 047 782	82,0	1 012 259	81,3	956 205	80,6
Ausländer	229 496	18,0	233 488	18,7	229 496	19,4
1985 gesamt	1 250 859	100	1 197 205	100	1 095 950	100
Deutsche	1 019 750	81,5	957 723	80,0	864 841	78,9
Ausländer	231 109	18,5	239 482	20,0	231 109	21,1

## 6.2 Prognosen einer gezielten Bevölkerungsentwicklung

Der Stadtentwicklungsplan verfolgt das Ziel, den Trend der Bevölkerungsentwicklung zu ändern. Er muß dazu beim Wegzug ins Umland ansetzen, da dieser den einzigen Bereich der Bevölkerungsentwicklung darstellt, der der kommunalen Entwicklungsplanung direkt zugänglich ist. Der Geburtenrückgang kann auf kommunaler Ebene kaum beeinflußt werden, und auch der sinkende Trend der Zuzüge kann beim deutschen Bevölkerungsteil frühestens in der zweiten Hälfte des Planungszeitraumes aufgefangen werden. Er ist das Ergebnis der sinkenden Mobilitätsbereitschaft im gesamten Bundesgebiet, die sich auch in einem starken Nachlassen der Nord-Süd-Wanderung niederschlug, und der abnehmenden Attraktivität Münchens als Wohnstandort.

Die Zielprognose setzt daher voraus, daß die Zielvorstellungen des Stadtentwicklungsplanes verwirklicht werden und dabei durch den konsequenten Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel die Abwanderung gestoppt und eine weitere Abnahme der Zahl der Zuzüge nach 1980 verhindert wird. Bei den Ausländern wird aufgrund der politischen Vorgaben von einem leichten Wanderungsverlust ausgegangen, der durch den Geburtenüberschuß wieder ausgeglichen wird. Ein starker Rückgang der Ausländerzahl ist aufgrund der politischen Entwicklung vorerst nicht zu erwarten; er wird auch nicht angestrebt, um den Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte, mit dem auch unter Zielvorgaben gerechnet werden muß, nicht noch weiter zu vergrößern (Tab. I -6, 10).

## 6.3 Randbedingungen der Zielprognose

Ziele zur Stadtentwicklung werden erst dann zu politischen Größen, wenn sie zahlenmäßig formuliert werden. Erst dann können sie Eingang in die Investitionsplanung finden und zur Kontrolle von Maßnahmen dienen. Die Ziele des Stadtentwicklungsplanes zur Bevölkerungsentwicklung wurden daher zahlenmäßig formuliert und in Prognosemodellen durchgerechnet.

### Zielgrößen

Die Einwohnerzahl, die Anteile der Deutschen und Ausländer, die jährliche Änderungsrate der Einwohnerzahl als Maß der Entwicklungsdynamik und die Gesamtmobilität als Maß für den Bevölkerungsaustausch sind die wichtigsten Zielgrößen für die Steuerung der Bevölkerungsentwicklung.

Im Hinblick auf eine Konsolidierung der Bevölkerungsentwicklung müssen für den mittelfristigen Zeitraum bis 1980 folgende Zielgrößen festgesetzt werden, die zugleich als wesentliche Voraussetzung für die Realisierung des Stadtentwicklungsplanes gelten müssen:

Einwohnerzahl: möglichst geringer Rückgang; von ca. 1.320.000 (1974) auf nicht weniger als ca. 1.270.000 (1980) bzw. 1.250.000 (1985)

jährliche Veränderungsrate: Reduzierung auf unter 1 %, Status-quo: 3 %

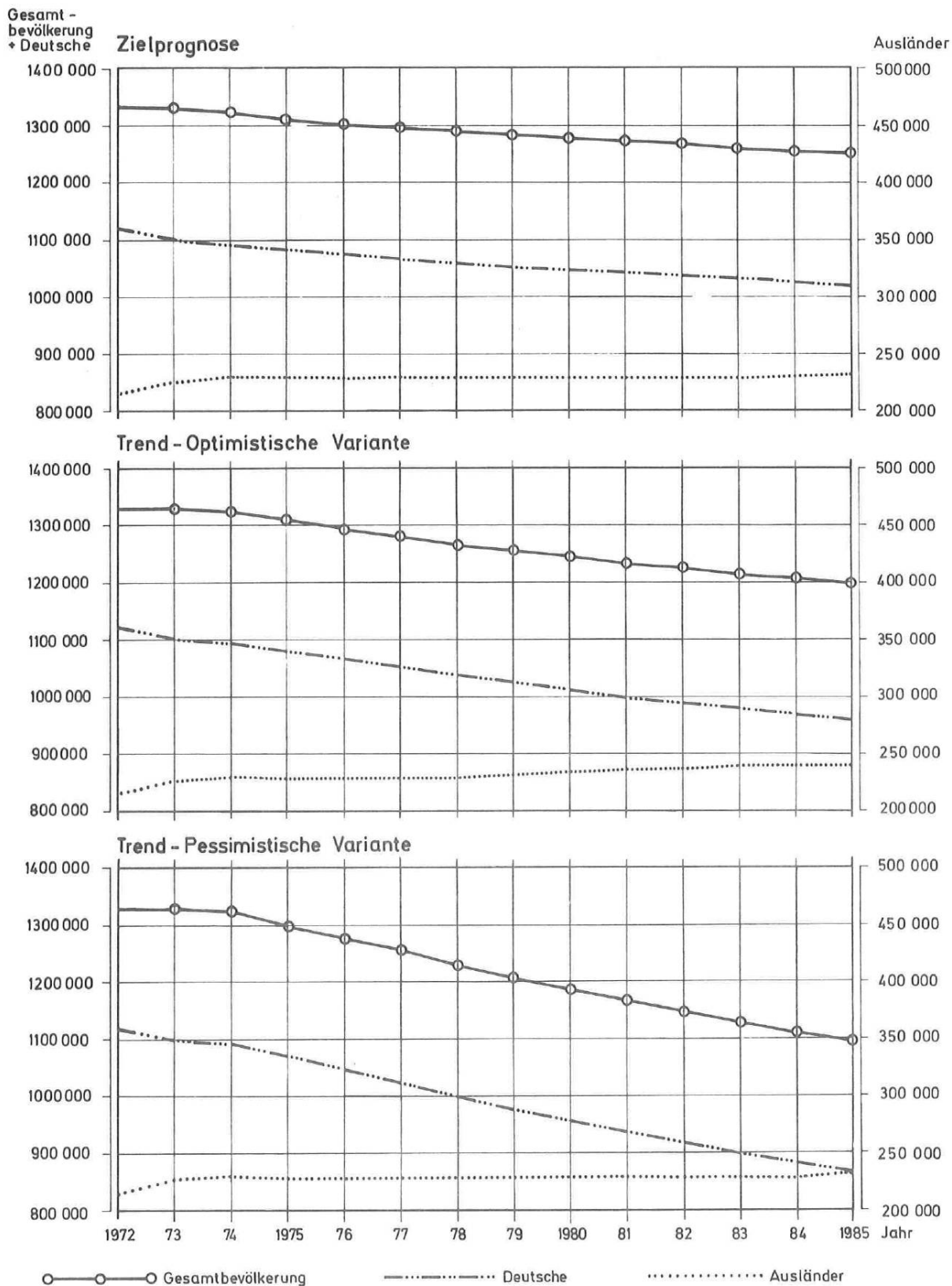
Gesamtmobilität (Zu- und Wegzüge pro 1000 EW): Reduzierung auf 127 bis 1980 (1972:157)

Ausländeranteil: kein weiterer Anstieg

Die geringe jährliche Veränderungsrate, die niedrige Gesamtmobilität und der gleichbleibende Ausländeranteil sind wesentliche Voraussetzungen für das Ziel des Stadtentwicklungsplans, die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung mit der Investitions- und Integrationskapazität der Kommune zu koordinieren.

Diagr. I — 8

**Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung Entwicklung der deutschen und ausländischen Bevölkerungsteile**



### Lenkgrößen

Zuzüge und insbesondere Wegzüge sind diejenigen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in München, die der planerischen Beeinflussung und Lenkung am ehesten zugänglich sind. Die Modellrechnungen zeigten, daß die ausgewiesenen Werte der Zielgrößen im mittelfristigen Planungszeitraum nur dann erreicht werden können, wenn die folgenden Eckwerte für die Lenkgrößen der Zu- und Wegzüge eingehalten werden.

Deutsche — Zuzüge: Stabilisierung 1980 bei ca. 51.000 bzw. ca. 64 % aller Zuzüge (1973: 48.059 bzw. 47 %)

Deutsche — Wegzüge: Stabilisierung 1980 bei ca. 51.000 (1973: 59.630)

Deutsche - Wanderungssaldo: Stabilisierung 1980 bei t 0 (1973: r 11.571)

Ausländer — Zuzüge: Stabilisierung 1980 bei ca. 29.000 bzw. ca. 36 % aller Zuzüge (1973: 54.996 bzw. 53 %)

Ausländer — Wegzüge: Stabilisierung 1980 bei ca. 31.000 (1973: 42.845)

Ausländer — Wanderungssaldo: Stabilisierung 1980 bei—2.000 (1973: 12.151)

Neben der Steuerung der Dynamik der Bevölkerungsentwicklung ist es eine wesentliche Aufgabe der Entwicklungsplanungen der Landeshauptstadt, die Aushöhlung und einseitige räumliche Konzentration der Sozialstruktur zu verhindern. Im mittelfristigen Planungszeitraum bis 1980 werden daher zusätzlich folgende Zielgrößen festgelegt:

Verringerung des Anteils junger und wachsender Familien (1971: 25 %) und einkommensstarker Haushalte (1971: 41 %) an den Wegzügen ins Umland und Verbesserung des Wanderungssaldos im Innenstadtrandgebiet durch Verringerung des Wanderungsverlustes beim deutschen Bevölkerungsteil (1971: —15.200) und des Wanderungsgewinns beiden Ausländern (1971: 24.200).

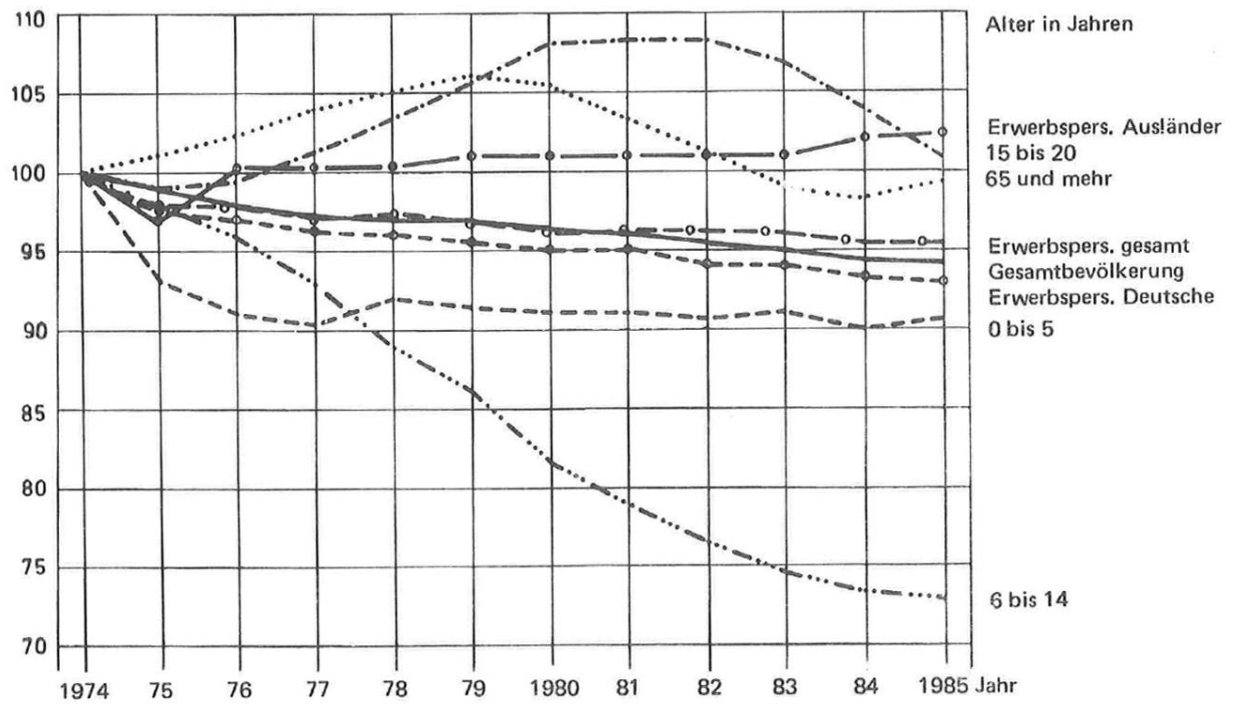
### 6.4 Auswirkungen der Zielprognose

Die Annahmen der Zielprognose (Tab. I - 5) setzen den gezielten und wirksamen Einsatz des entwicklungspolitischen Instrumentariums voraus, um dadurch den Wegzug der Deutschen ins Umland zu verringern, ein stärkeres Anwachsen des ausländischen Bevölkerungsanteils zu verhindern, die Fluktuation der Ausländer zu dämpfen sowie eine gemäßigte Entwicklungsdynamik zu erreichen. Die Bevölkerungsstruktur der Landeshauptstadt, die im Vergleich zu anderen Großstädten der Bundesrepublik Deutschland z. Z. noch einen "jugendlichen" und ausgeglichenen Aufbau aufweist (Diagr. I - 2), würde im wesentlichen erhalten bleiben. Ein leichter Rückgang der Einwohnerzahl wird aber auch unter den Zielvorgaben der Zielprognose nicht zu verhindern sein (Tab. I - 6, Diagr. I - 8).

Die allmählichen, über mehrere Jahre verlaufenden Änderungen in der Zahl der Kinder und Jugendlichen und die relativ geringe Zunahme der Zahl der alten Mitbürger (Tab. I - 7, 8, 9; Diagr. I - 9) kommt den begrenzten Investitionskapazitäten der Landeshauptstadt entgegen. Die geringere Gesamtmobilität und die begrenzten Verschiebungen in den Anteilen der einzelnen Bevölkerungsgruppen überfordern nicht die soziale Integrationskraft der Kommune. Sie tragen zur Vermeidung von Konflikten bei, die mit der Verschärfung sozialer Gegensätze und mit der Herausbildung einseitiger Sozialstrukturen in Teilräumen verbunden können.

Diagr. I — 9

**Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung (Zielprognose)**  
**Entwicklung einzelner Altersgruppen und der Erwerbspersonen (1974= 100%)**



#### 4. Zusammenfassung

Die Ergebnisse der verschiedenen Analysen und Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, daß selbst bei optimistischer Einschätzung der Entwicklungstrends ein Einwohnerverlust nur dann verhindert werden könnte, wenn eine Zunahme des Ausländeranteils in Kauf genommen wird. Daraus wird deutlich, wie eng der Handlungsspielraum geworden ist, von dem der Stadtentwicklungsplan ausgehen kann. Die Verringerung der Abwanderung der Bevölkerung ins Umland wird für die Stadt zur lebensnotwendigen Aufgabe.

Auch die anderen Zielgrößen der Bevölkerungsentwicklung — Sozialstruktur und Altersaufbau, Gesamtmobilität und Fluktuation, Wanderungsbilanz in den Innenstadtrandgebieten, Ausländeranteil, Erwerbsquote - liegen im kritischen Bereich. Die Entwicklungsperspektiven der Zielprognose, die zum größten Teil positiv beurteilt werden können, da sie die Toleranzgrenzen noch nicht überschreiten, haben daher nur dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn die Entwicklungskonzepte und Maßnahmen der folgenden Kapitel konsequent und nachhaltig in die Planungspraxis umgesetzt werden.

Tabelle I — 7

**Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung**  
**Anteile von Zielgruppen der Infrastrukturplanung im Prognosejahr 1985**

**Gesamtbevölkerung**

	Zielprognose		Trendprognosen			
	Anzahl	v.H.	optimistische Variante		pessimistische Variante	
			Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
Gesamtbevölkerung	1 250 859	100	1 197 205	100	1 095 950	100
männlich	587 234	46,9	560 571	46,8	506 655	46,2
weiblich	663 859	53,1	636 634	53,2	589 510	53,8
Geburten	11 186	0,89	10 570	0,88	9 413	0,86
Sterbefälle	15 153	1,21	14 769	1,23	14 135	1,29
Kleinkinder (Alter 0-2)	32 405	2,6	30 650	2,6	27 490	2,5
Elementar- und Vorschulbereich (Alter 3-5)	30 427	2,4	28 637	2,4	25 588	2,3
Primarbereich (Alter 6-9)	40 803	3,3	38 711	3,2	35 060	3,2
Sekundarbereich 1 (Alter 10-14)	50 591	4,0	48 382	4,0	44 543	4,1
Jugendliche (Alter 15-20)	87 943	7,0	85 324	7,1	79 731	7,3
Alte (65 u. älter)	182 853	14,6	179 332	15,0	173 359	15,8
Männer	51566	4,9	60 208	5,0	57 865	5,3
Frauen	121 288	9,7	119124	10,0	115 494	10,5

Tabelle I – 8

**Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung**  
**Anteile von Zielgruppen der Infrastrukturplanung im Prognosejahr 1985**

**Deutsche**

	Zielprognose		Trendprognosen			
	Anzahl	v.H.	optimistische Variante		pessimistische Variante	
	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
Gesamtzahl	1 019 750	100,0	957 723	100,0	864 841	100,0
männlich	416 794	40,9	384 041	40,1	336 215	38,9
weiblich	602 956	59,1	573 682	59,9	528 841	61,1
Geburten	9 066	0,89	8 353	0,87	7 293	0,84
Sterbefälle	14 726	1,44	14 329	1,50	13 708	1,59
Kleinkinder (Alter 0-2)	26 432	2,5	24 414	2,5	21 517	2,4
Elementar- und Vorschulbereich (Alter 3-5)	25 707	2,4	23 780	2,4	20 868	2,3
Primarbereich (Alter 6-9)	35 625	3,3	33 364	3,3	29 882	3,3
Sekundarbereich I (Alter 10-14)	45 708	4,3	43 338	4,5	39 660	4,5
Jugendliche (Alter 15-20)	77 426	7,6	74 412	7,8	69 214	8,0
Alte (65 u. älter)	180 713	17,7	177 137	18,5	171 219	19,1
Männer	59 927	5,9	58 538	6,1	56 227	6,5
Frauen	120 786	11,8	118 599	12,4	114 992	13



Tabelle I — 9

**Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung**  
**Anteile von Zielgruppen der Infrastrukturplanung im Prognosejahr 1985**

**Ausländer**

	Zielprognose		Trendprognosen			
	Anzahl	v.H.	optimistische Variante		pessimistische Variante	
	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
Gesamtzahl	231 109	100,0	239 482	100,0	231 109	100,0
männlich	170 440	73,7	176 530	73,7	170 440	73,7
weiblich	60 669	26,3	62 952	26,3	60 669	26,3
Geburten	2 120	0,92	2 217	0,93	2 120	0,92
Sterbefälle	427	0,18	440	0,18	427	0,18
Kleinkinder (Alter 0-2)	5 973	2,5	6 236	2,5	5 973	2,5
Elementar- und Vorschulbereich (Alter 3-5)	4 720	1,9	4 857	1,9	4 720	1,9
Primarbereich (Alter 6-9)	5 178	2,2	5 347	2,1	5 178	2,2
Sekundarbereich I (Alter 10-14)	4 883	2,0	5 044	2,0	4 883	2,0
Jugendliche (Alter 15-20)	10617	4,6	10912	4,6	10517	4,6
Alte (65 u. älter)	2 140	0,9	2 195	0,9	2 140	0,9
Männer	1 638	0,7	1 670	0,7	1 638	0,7
Frauen	502	0,2	526	0,2	502	0,2

Tabelle I — 10



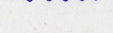
**Prognose der Erwerbstätigkeit**

<b>Jahr</b>	<b>1972</b>	<b>1973</b>	<b>1975</b>	<b>1980</b>	<b>1985</b>
<b>Erwerbspersonen</b>					
Gesamt	709 338	709 288	689 282	679 447	669 749
davon Deutsche	541 064	526 923	509 327	493 378	480 747
darunter männl.	319 322	306 871	289 692	268 581	256 216
weibl.	221 742	220 052	219 635	224 797	224 531
davon Ausländer	168 274	182 365	179 955	186 069	189 002
darunter männl.	124 837	137 944	137 709	147 295	151 906
weibl.	43 437	44 421	42 246	38 774	37 096
davon Männer	444 159	444 815	427 401	415 876	408 122
Frauen	265 179	264 473	261 881	263 571	261 627
<b>Erwerbsquoten v. H.</b>					
Gesamt	53,0	53,1	52,6	63,2	53,5
davon Deutsche	48,2	47,7	47,1	47,1	47,1
darunter männl.	62,8	62,2	61,8	61,0	61,5
weibl.	36,1	36,0	36,1	37,0	37,2
davon Ausländer	78,0	79,3	78,4	81,1	81,1
darunter männl.	86,6	87,5	85,7	88,7	89,1
weibl.	60,6	61,4	61,5	61,0	61,1
davon Männer	68,1	68,3	67,5	68,6	69,5
Frauen	38,6	38,7	38,6	39,3	39,4

Grundlage: Zielprognose der Bevölkerungsentwicklung, Erwerbsquotenstruktur 1970

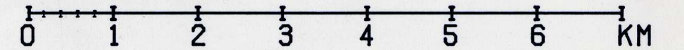
# STADTENTWICKLUNGSPLAN BEVÖLKERUNG

## PROBLEMGEBIETE DER BEVÖLKERUNGS- ENTWICKLUNG

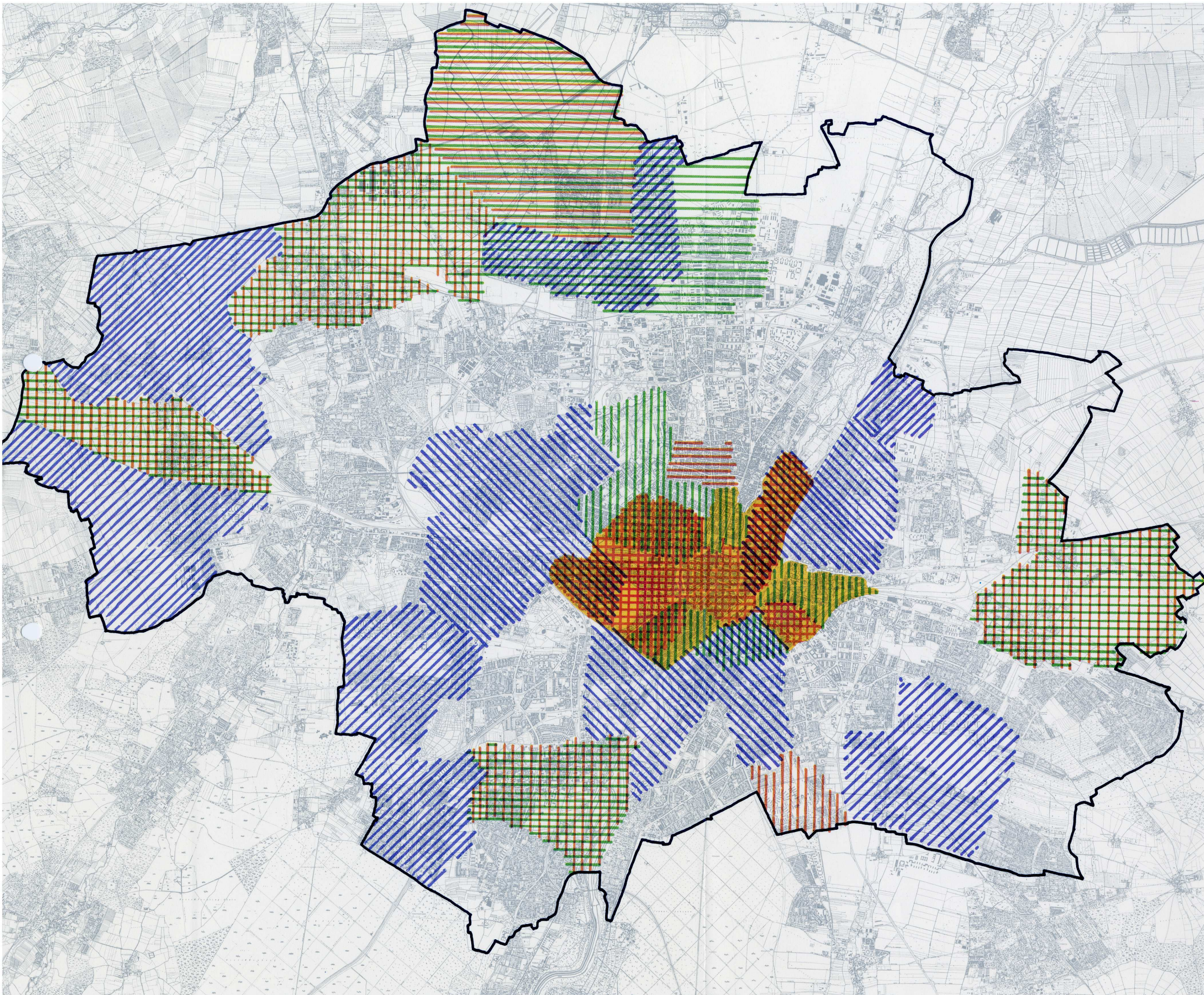
-  ABWANDERUNG UND VERDRÄNGUNG  
(EINWOHNERRÜCKGANG BEI DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG 1971 - 1973 ÜBER 9%)
-  HOHER AUSLÄNDERANTEIL  
(AUSLÄNDERANTEIL 1973 ÜBER 22%)
-  STARKE MOBILITÄT  
(WEGZÜGE IN ANDERE BEZIRKE UND AUS DER STADT 1974 MEHR ALS 20% DER WOHNBEVÖLKERUNG)
-  WOHNUNGSBAU NICHT BEDARFSGERECHT  
(DURCHSCHNITTLICHE GRÖSSE DER 1970 - 1972 NEU ERSTELLTEN WOHNUNGEN KLEINER ALS ZWEI RÄUME UND KLEINER ALS DIE DURCHSCHNITTLICHE HAUSHALTSGRÖSSE 1970)
-  EINSEITIGE SOZIALSTRUKTUR  
(ARBEITERANTEIL 1970 ÜBER 46%)
-  VIELE ALTE  
(ANTEIL DER ÜBER 65-JÄHRIGEN ÜBER 14,5%)
-  VIELE KINDER  
(ANTEIL DER UNTER 25-JÄHRIGEN 1973 ÜBER 17,5%)

QUELLE DER DATEN  
UNTERLAGEN DES STADTENTWICKLUNGSREFERATS

M 1:75000



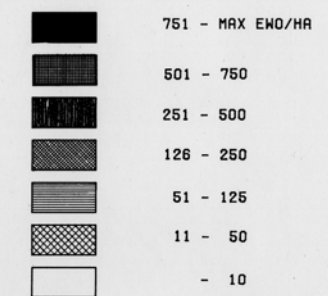
LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 1975  
REFERAT FÜR STADTFORSCHUNG UND STADTENTWICKLUNG



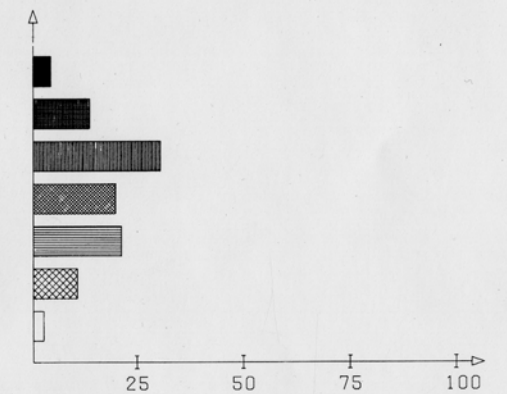
# STADTENTWICKLUNGSPLAN BEVÖLKERUNG

## EINWOHNERDICHTEN

EINWOHNER PRO HA IN BLOCKWEISER DARSTELLUNG

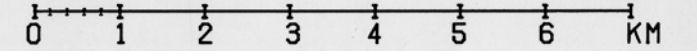


VERTEILUNG DER BLOCKFLÄCHEN NACH SCHWELLENWERTEN



QUELLE DER DATEN  
EINWOHNERDATEI, STAND 1973

M 1:75000



LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 1975  
REFERAT FÜR STADTFORSCHUNG UND STADTENTWICKLUNG








Abb. I – 3

STADTENTWICKLUNGSPLAN  
BEVÖLKERUNG

Der Anteil der unter 15-jähr.  
an der Wohnbevölkerung

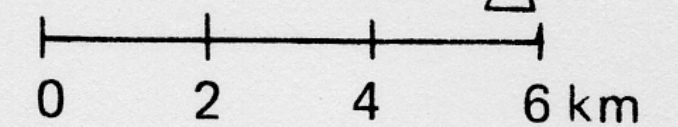


	7.0 – 9.9 %
	10.0 – 11.9 %
	12.0 – 13.9 %
	14.0 – 17,4 %
	17,5 – 26,4 %

Stand: 1973

Quelle der Daten:  
Einwohnerdatei

M 1:200 000








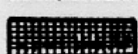
Landeshauptstadt München  
Referat für Stadtforschung  
und Stadtentwicklung

Abb. I - 4

STADTENTWICKLUNGSPLAN  
BEVÖLKERUNG

Der Anteil der über 65-jähr.  
an der Wohnbevölkerung

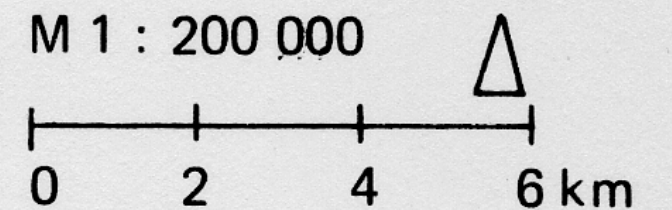


	4.9 - 7.9 %
	8.0 - 9.9 %
	10.0 - 11.9 %
	12.0 - 14.4 %
	14.5 - 15.9 %
	16.0 - 19.3 %

Stand: 1973

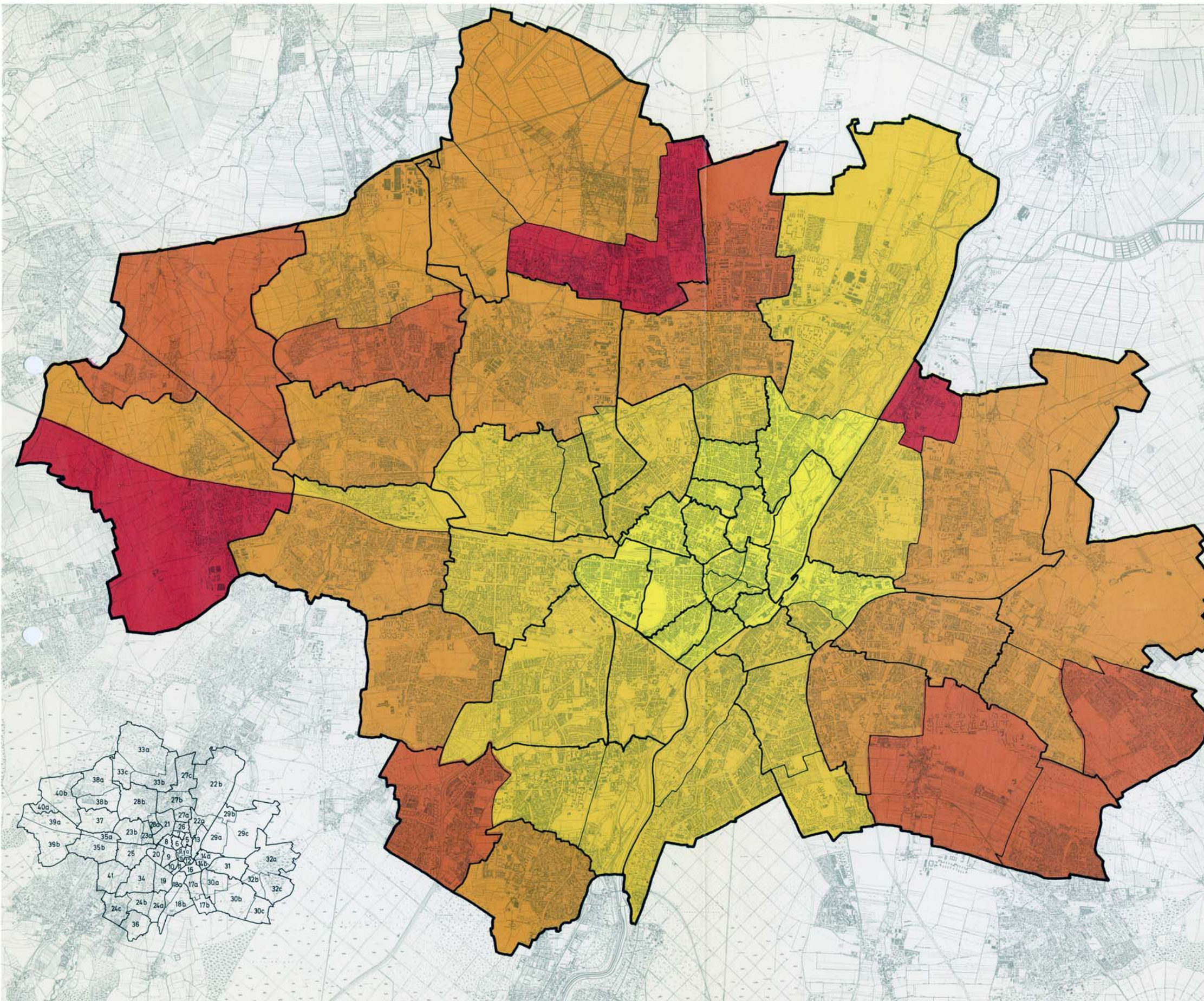
Quelle der Daten:  
Einwohnerdatei

M 1 : 200 000

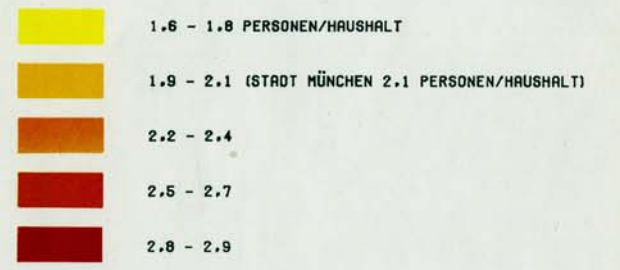


Landeshauptstadt München  
Referat für Stadtforschung  
und Stadtentwicklung

# STADTENTWICKLUNGSPLAN BEVÖLKERUNG

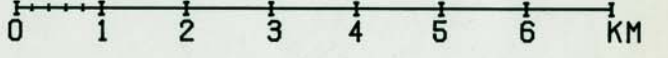


DIE DURCHSCHNITTLICHE PERSONENZAH  
JE PRIVATHAUSHALT                    STAND 1970



QUELLE DER DATEN  
VOLKZÄHLUNG 1970

M 1:75000



LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN                    1975  
REFERAT FÜR STADTFORSCHUNG UND STADTENTWICKLUNG


# STADTENTWICKLUNGSPLAN BEVÖLKERUNG

## ANTEIL DER ARBEITER 1961 UND 1970 UND IHRE RELATIVE ZU- BZW. ABNAHME

BEZOGEN AUF DEN DURCHSCHNITT DER GESAMTSTADT

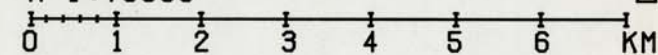
 ÜBERDURCHSCHNITTLICHER ARBEITERANTEIL 1961  
(STADT MÜNCHEN 41,3%)

 ÜBERDURCHSCHNITTLICHER ARBEITERANTEIL 1970  
(STADT MÜNCHEN 36,6%)

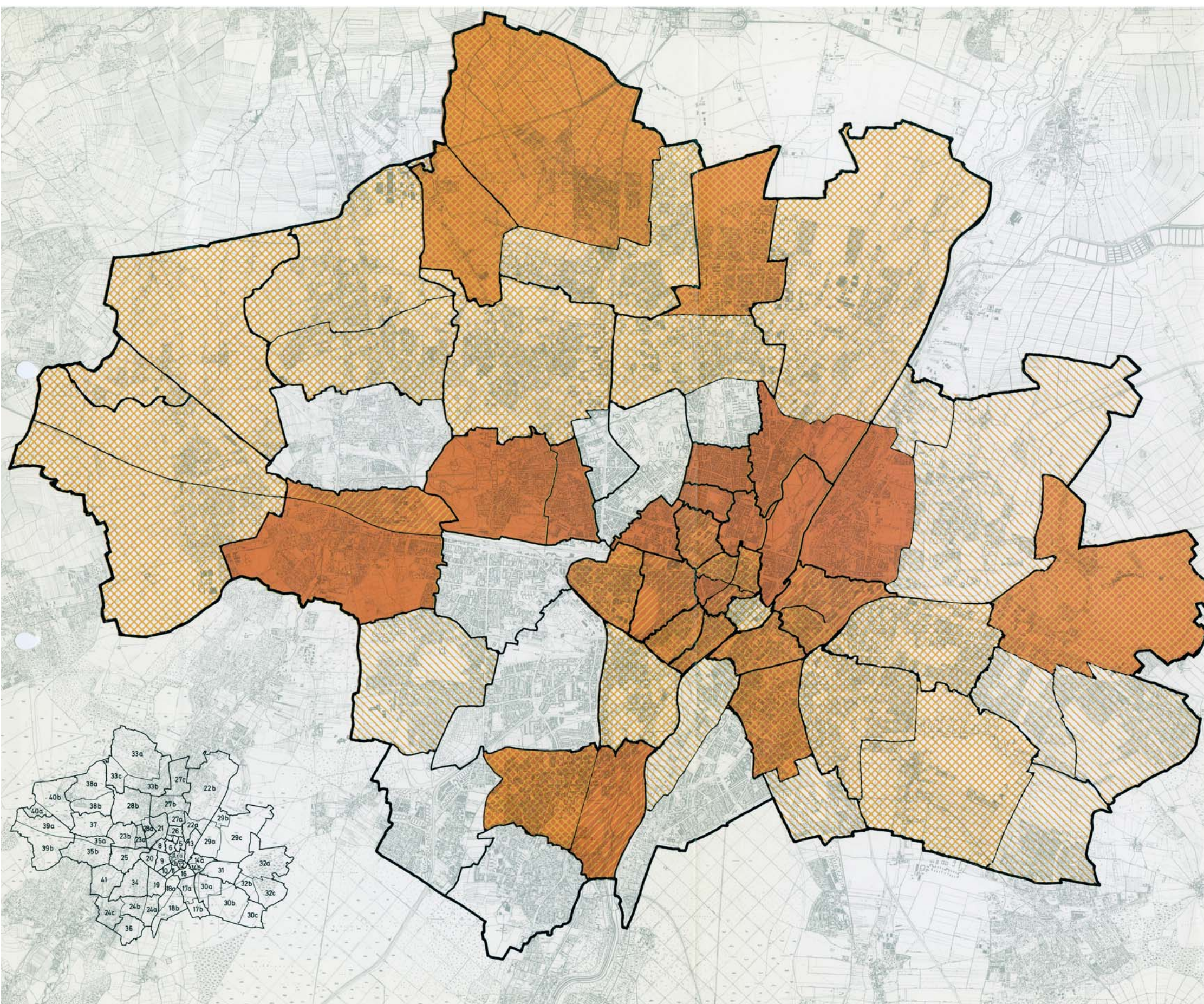
 RELATIVE ZUNAHME 1961 - 1970

QUELLE DER DATEN  
VOLKZÄHLUNG 1961 UND 1970

M 1:75000



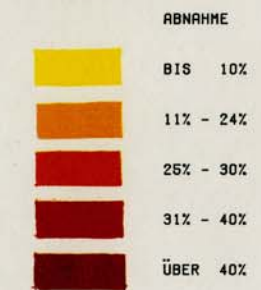
LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 1975  
REFERAT FÜR STADTFORSCHUNG UND STADTENTWICKLUNG





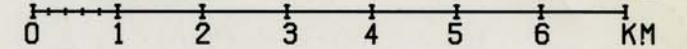
# STADTENTWICKLUNGSPLAN BEVÖLKERUNG

VERÄNDERUNG DER GEBURTENZIFFERN  
1961-1970 IN PROZENT, BEZOGEN AUF  
1961

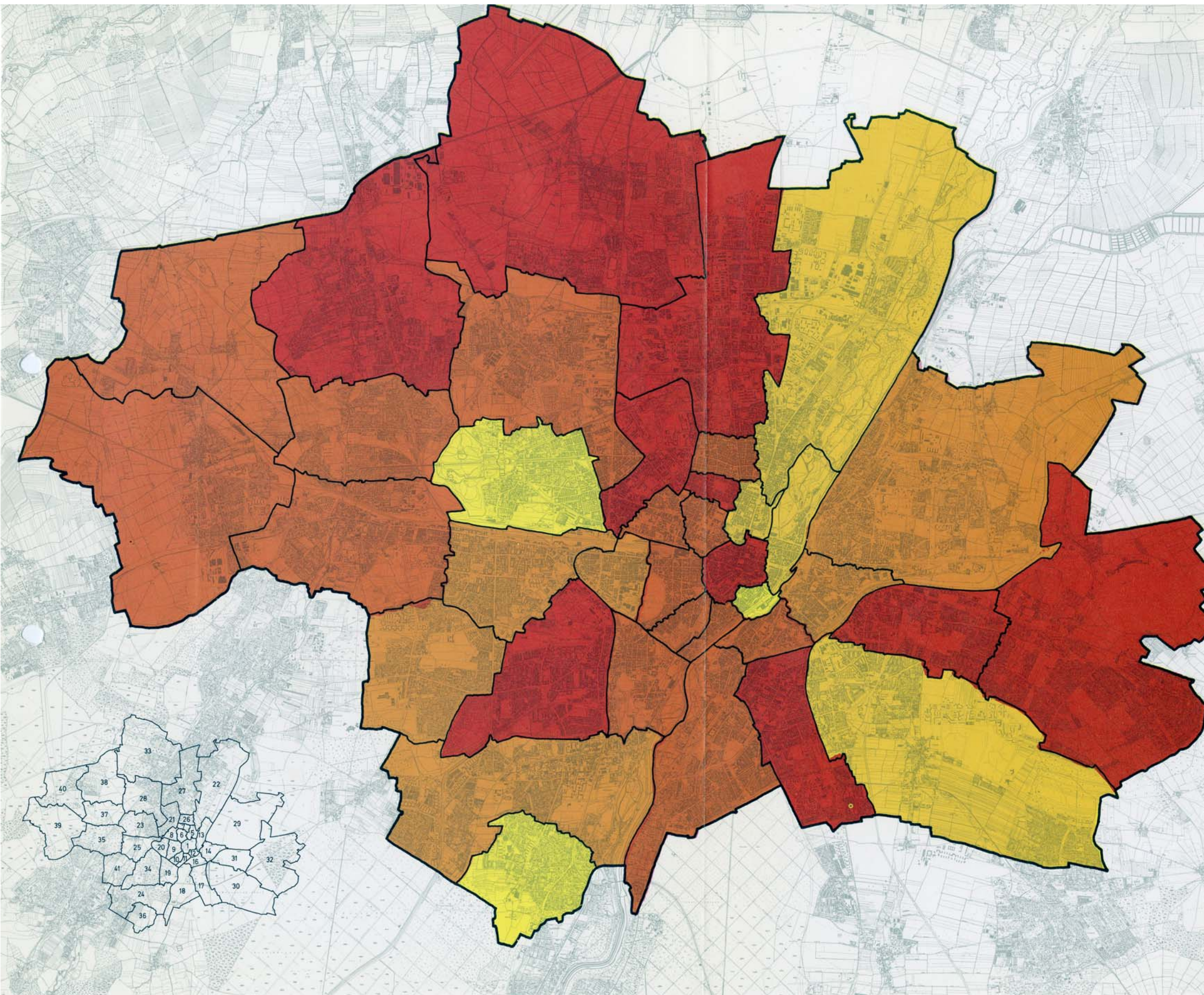


QUELLE DER DATEN  
VOLKSZÄHLUNG 1970

M 1:75000



LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 1975  
REFERAT FÜR STADTFORSCHUNG UND STADTENTWICKLUNG



# STADTENTWICKLUNGSPLAN BEVÖLKERUNG

## DER ANTEIL DER AUSLÄNDER AN DER WOHNBEVÖLKERUNG 1973 NACH STADT- BEZIRKEN



QUELLE DER DATEN  
AUSWERTUNG DER EINWOHNERKARTEI ANLÄSSLICH DES DRUCKS DER  
LOHNSTEUERKARTEN

M 1:75000



LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 1976  
REFERAT FÜR STADTFORSCHUNG UND STADTENTWICKLUNG

